



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. — Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Druck 2 Sgr.

Expedition: Herrstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten den Vertrieb auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 575. Mittags-Ausgabe.

Dreihundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 7. December 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

4. Sitzung des Herrenhauses. (6. December.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf Eulenburg, Graf Harnisch, Leonhardt, Camphausen, Geh. Rath Persius.

Die neu eingetretenen Mitglieder v. Steinmetz, v. Bender und von Stosch werden vereidigt. General Hermann v. Bittensfeld ist nicht anwesend. Der Gesekentwurf betreffend das zur Beschließung erforderliche Lebensalter soll durch Schlussberatung erledigt werden. (Referent Graf zur Lippe.)

Das Haus tritt in die Vorberatung des Kreisordnungsentwurfs. Zu der Generaldebatte spricht für die Regierungsvorlage:

Graf zu Münster: Ich habe in der früheren Beratung der Kreisordnung das Wort nicht ergriffen, weil ich glaubte, es denen überlassen zu müssen, die zunächst durch das Gesetz getroffen werden. Das Gesetz hat aber eine weittragende politische Bedeutung und diese bestimmte mich damals, die Anträge Baumstark mit zu stellen, die leider von diesem Hause bemoht worden. Die Regierung hat aber fast den größten Theil dieser Anträge aufgenommen in den jetzigen Entwurf, und deshalb sind meine politischen Freunde und ich in der angenehmen Lage, unumwunden für diesen Gesekentwurf stimmen zu können. Wir werden keine Amendements stellen und einmütig gegen alle gestellten Amendements stimmen. Die politische Wichtigkeit dieses Gesetzes ist leider von der Majorität des Herrenhauses nicht anerkannt worden. Vergeblich hat die Minorität, vergeblich die Regierung dazulegen versucht, daß eine Reform der Verwaltung unbedingt notwendig ist, und darauf hingewiesen, daß schon Jahrzehnte hindurch in Preußen an dieser Reorganisation gearbeitet worden, daß bei der Vergrößerung des Staates alle Ansprüche an die Einzelnen sowohl wie an die Verwaltung sich auf das Bedeutendste vermehrt haben. Das Heer unserer Beamten, und ich glaube, es zählt 66,000 Mann, ist nicht mehr im Stande, allein die Geschäfte zu bewältigen, die Nothwendigkeit tritt immer mehr an uns heran, die besseren Elemente des Volkes mit heranzuziehen zur Verwaltung.

Die Regierung hat vergeblich erklärt, daß sie dieses Gesetz ansehe als das erste Glied einer Kette von weiteren Reformen, daß sie nicht im Stande sei, die Reorganisation der Provinzen und die gegenwärtigen Einrichtungen ins Leben zu rufen ohne dies Gesetz. Meine Herren! Sie haben das erste Glied dieser Kette zerprengt der Regierung vor die Füße geworfen, Sie haben den Bogen zu straff gespannt und dürfen sich nicht wundern, daß er in Ihrer Hand zerbricht ist, daß der Pfeil, den Sie abgeschossen, auf Sie selbst zurückgefallen ist und leider auch auf dieses Haus. Sie haben die Regierung zu Mahregeln gezwungen, die ich mit Ihnen belege. Ich will mich hier jeder Aeußerung über die Ernennung neuer Mitglieder enthalten. Ich zweifle nicht daran, daß, nachdem die Regierung so weit gegangen ist, sie auch noch einen Schritt weiter gehen und die Reform des Herrenhauses weiter durchführen wird. Ich, m. H., muß eine solche Reform wünschen, weil ich als Mitglied der neuen Provinzen finde, daß diese Provinzen in diesem Hause nicht so vertreten sind, wie es meinen Wünschen und ihren gerechten Interessen entspricht. Wir sind in eine Zwangslage gebracht, das erkenne ich an; wie jetzt aber die Sachen liegen, halte ich es für unsere patriotische Pflicht, für den Gesekentwurf einzutreten, für unsere Pflicht mit dem Momente, wo wir mit unsern Erfolgen so groß geworden sind und an der Spitze von Deutschland stehen. Wir dürfen Deutschland nicht das Beispiel innerer Zerwürfisse geben und deshalb, bitte ich Sie, meine Herren, stimmen Sie einmütig für die Vorlage der Regierung! (Beifall links.)

Herr v. Kröcher: Die neue Vorlage schließt sich in allem Wesentlichen der Fassung an, die das Herrenhaus in letzter Session mit so großer Majorität verworfen hat. Geringe eine wesentliche Concession gegen seine Wünsche liegt in keiner Weise vor. Zwar in einigen minder wichtigen Punkten, aber in seinem Hauptpunkte, hat die Regierung dem Herrenhause nachgegeben. Dazu kommt, daß der einige wichtige Punkt, der in der Vorlage neu und abweichend erscheint gegenüber der früheren Vorlage, nämlich der Wegfall der Zahlenbestimmungen bei Abgrenzung der Wahlbezirke, ihre Bedeutung völlig verliert durch die Zustimmung des Ministers, die er dem anderen Hause gab, daß bei der Ausführung des Gesetzes diese Ziffern als Regel festgehalten werden sollen. Unter allen diesen Umständen würde ich es für eine Beleidigung halten, wenn ich auch nur die Möglichkeit statuieren wollte, daß einer derjenigen Herren, welche noch vor wenigen Wochen Gegner der Vorlage gewesen sind, jetzt dieser selben Vorlage ohne eine Verbesserung zustimmen könnte. Ich habe Achtung vor jedem Standpunkte; aber heute weiß zu nennen, was man gestern schwarz genannt, das ist durchaus kein Standpunkt, der für mich überhaupt diskutabel sein kann, dafür habe ich durchaus keinen Raum. Etwas Anderes ist natürlich die Annahme einer amandierten Vorlage. Durch die Annahme des Below'schen Antrages hat das Herrenhaus documentirt, daß es zu vernünftigen Reformen bereit ist, und es hat zweitens dadurch auf den einzig richtigen Weg für diese Reform hingewiesen. Die Annahme dieses Antrages mit so großer Majorität ist ein Beweis zum ewigen Gedächtniß, welcher für das, was nun kommt und was schon geschehen ist, die Verantwortung auf das Gewissen derjenigen schiebt, welche aus den wohlüberlegten Rath des Herrenhauses nicht geachtet haben. (Bravo rechts.)

Sollten wir auch jetzt unterliegen, das ändert nichts in der Sache, das kann kein Ministerium ungeschoren machen, das dasjenige Herrenhaus, welches zur Constatierung des Königs treu unterstützt hat, so gestimmt hat, wie es der Fall gewesen ist. Damals hat das Herrenhaus sich den Haß der destruktiven Parteien zugezogen; jetzt kommt die Rache. Eine große liberale Zeitung schrieb neulich im Hinblick auf einen Artikel der „Proh. Correspondenz“, „Dahin also ist es mit dem Herrenhause gekommen, daß keine Anführer eines ungehörigen und nicht zu duldenen Tröges gegen die Krone geschoben werden, und das ist die wohlverdiente Strafe für die Thaten des Herrenhauses in der Constatierung.“ Ich wünsche wohl, daß die dämliche Wahrheit dieser Worte von den leitenden Staatsmännern berücksichtigt werden möchte. — Reineswegs werden durch die ablen Folgen dieses Kreisordnungsgesetzes die großen Grundbesitzer und Rittersgutsbesitzer vorzugsweise getroffen; aber das ist unzweifelhaft, daß die Wirkung für das gesamte plattelande der sechs östlichen Provinzen eine tief unheilvolle sein wird. Ich habe hierbei nicht die Kreisordnung allein im Auge, sondern das Gesetz mit allen seinen nothwendigen Folgen auch in der Gesekgebung. Die erste Wirkung wird die sein, daß das Gesetz in seiner Halbschheit Niemanden im Lande gefallen wird, weder den Conservativen, noch den Liberalen, noch den Demokraten und daß das Gesetz bald wieder geändert wird, natürlich noch mehr nach links, und die letzte Folge wird die Revolution aller noch bestehenden alten und bewährten Institutionen sein. Nach menschlichem Ermessen, meine Herren, ist der jetzige Kampf der letzte, ernstliche Kampf, der um wahrhaft conservativen, organischen, inneren Einrichtungen gekämpft werden wird, ihre vollständige Zerstörung wird sich nach diesem Kampfe wie von selbst ergeben. (Sehr wahr! sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

Ich weiß nicht, wie lange es noch vergangen sein wird, von dieser Stelle aus ein freies Wort zu sprechen. (Ob!) Diese Frage hat eine Bedeutung angenommen, welche über die der Kreisordnung weit hinausgeht. Es wird seit einigen Wochen in der Presse offen die Frage wegen Abschaffung des Herrenhauses diskutiert. Es heißt da in einem großen, liberalen Blatt: „Was man erwartet und erwarten muß, ist eine Neuschöpfung von Grund aus, und an der Regierung ist es, zum Werke zu schreiben. Soll dem preussischen Staat und dem deutschen Reiche das Nothwendigste und Unvermeidliche zu Theil werden, so ist das auf falschen, träumerischen Voraussetzungen gegründete Herrenhaus in eine vernünftige Staatskörperlichkeit, die den Namen „Senat“ führen mag, zu verwandeln.“ Meine Herren, dies ist nicht etwa eine vereinzelte Stimme, sondern es wird selbst in regierungsfreundlichen Organen diskutiert. Die ganze Haltung des Ministeriums in jüngster Zeit scheint aus darauf hinzudeuten, daß es in der bewußten Absicht des Ministeriums oder vielmehr einzelner Mitglieder desselben liegt, das zu thun, was jene Zeitungsorgane offen verkünden. Man will, für mich ist das nicht zweifelhaft, das Herrenhaus umwandeln, und daß die Regierung das, wenn sie keine Mittel scheut, auch wirklich durchführen kann, das ist wiederum nicht zweifelhaft. Was aber folgt weiter daraus? Das Herrenhaus ist ein wesentlicher Bestandteil, einer der drei Factoren der Gesekgebung. Zi aber erst einer dieser Factoren in seinen Grundzügen erschüttert, liegt

es denn wirklich so fern, daß nach einem oder 2 Jahren ein kühner und ehrgeiziger Mann sagt: der zweite Factor der Gesekgebung oder je nach Umständen auch der dritte Factor ist nach falschen, träumerischen Vorstellungen angelegt und muß abgeschafft werden. (Unruhe.) Meine Herren! In einem großen Nachbarlande, wo ein ehemaliger königlicher Minister gegenwärtig auf dem Präsidentenstuhl sitzt, wo aus königlichen Prinzen angelegene Privatanten geworden sind, in diesem Lande wird jetzt die Frage diskutiert: ob Königthum oder Republik, ob conservativ oder sociale Republik. Wenn erst bei uns unsere Verfassung in Frage gestellt wird, wenn alle alten und bewährten Institutionen zerstört werden, liegt es dann wirklich so fern, daß auch wir einmal diesen Weg gehen werden? (Sehr richtig! sehr wahr! rechts. Widerspruch links.) Ich beneide diejenigen, die diese Eventualität für so unmöglich halten, mir malt sie sich leider mit sehr deutlichen Farben vor die Augen. Ich komme zum Schluß: Die Opposition des Herrenhauses mag den Ministern un bequem sein; wenn aber dies Gesetz angenommen sein wird, dann wird eine Opposition kommen, die über unsere Kräfte, aber auch über Ihre Kräfte (zu den Ministern gewendet) weit hinweg gehen wird. Dieses Gesetz ist ein weiterer Schritt zu denen, deren man schon manche gemacht hat und deren noch manche folgen werden; er ist ein weiterer Schritt um die Wege zu ebnen für die sociale Revolution. (Lebhafter Beifall rechts. Widerspruch links.)

Der Minister des Innern: Ich erlaube mir auf diese letzte Rede mit ein paar Worten zu antworten. Ich wünsche, ich könnte mit derjenigen körperlichen Frische antworten, wie ich es in diesem Augenblicke leider nicht kann. Wir unternehmen ein großes Werk, für welches die Regierung der Zustimmung des anderen Hauses sicher ist und Sie jammern und klagen und prognostizieren aus diesem Vorgehen der Regierung den Umsturz aller bewährten Institutionen, der womöglich mit dem Umsturz aller Factoren, selbst des letzten, wie der Vorredner sich ausdrückte, enden werde? So steht die Sache nicht. Ich gebe auf den Sinn und die Bedeutung des Gesetzes nicht näher ein, die Diskussion wird dazu noch Gelegenheit geben. Der Vorredner stellt das ganze Procedere so vor, als sei die Ablehnung des Herrenhauses wesentlich die Schuld der Regierung, als habe die Regierung von vornherein eine Stellung zum Herrenhause eingenommen, welche es demselben unmöglich machte, anders zu beschließen. Aber so steht die Sache nicht. Bergegenwärtigen Sie sich die Umstände, unter denen Ihnen der Entwurf zugegangen ist. Er ist Ihnen vom Abgeordnetenhaus zugegangen in einer Form, mit welcher die Regierung nicht überall einverstanden war. Sie haben sich damals wochenlang in der Commission damit beschäftigt, haben eine Menge von Verbesserungen hineingebracht und haben zu guter Letzt die ganze Vorlage in der Commission abgelehnt. In derselben Weise ist im Plenum des Hauses verfahren worden. Die Regierung ist mit Ihnen in weitausläufige Auseinandersetzungen und Diskussionen eingegangen, sie hat bis auf die kleinsten Details mit Ihnen debattirt, ohne irgendwie stochern zu sagen: ich will nicht sondern unter fortwährender Auseinandersetzung der Gründe, warum sie diesen und jenen Punkt nicht annehmen könne. Besonders in Bezug auf die Zusammenfassung der Kreistage hat die Regierung erklärt, daß sie Ihren Vorschlag nie annehmen könne, und daß es Ihnen dringend aus Herz gelegt, wenigstens in dieser Frage nicht ein Votum abzugeben, welches von der Regierung nicht acceptirt werden könne. Sie haben trotzdem gegen die Regierung entschieden, Sie haben einen Werth darauf gelegt, Beschlüsse anzunehmen, die der Regierung nicht annehmbar erschienen, und zuletzt, meine Herren, ganz plötzlich in einer der Regierung selbst unerwarteten Wendung haben Sie die ganze reifliche Vorlegung über den Haufen geworfen, dadurch, daß Sie das ganze Gesetz ablehnten. Ich wiederhole Ihnen nur, was ich Ihnen schon oft gesagt habe: die Regierung legt auf die Annahme dieses Gesetzes in seinen Principien einen solchen Werth, daß sie von demselben nicht abgehen wird; ich habe Ihnen damals erklärt, wenn Sie den Gesekentwurf ablehnen würden, würde sofort die Session geschlossen werden, und die erste Vorlage in der neuen Session würde die Kreisordnung sein. Welcher Gesekentwurf sollte Ihnen denn vorgelegt werden? Sollte die Regierung mit ihrer ursprünglichen Vorlage noch einmal vor das Herrenhaus treten und diese ganze Penelopearbeit noch einmal beginnen? Das war undenkbar. Sollte die Regierung den Gesekentwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen ist, Ihnen vorlegen? Sie hätte eine sofortige Ablehnung erwarten müssen. Sollte sie Ihnen den Entwurf, wie er aus Ihrer Commission hervorgegangen ist, vorlegen? Sie wissen ja, welcher Compromiß dort stattgefunden hatte, das war also auch unmöglich. Was blieb also der Regierung übrig?

Sie sichtigte noch einmal das Material und in wiederholten Staatsministerialisirungen, an denen sämtliche Minister mit der größten Aufmerksamkeit und dem größten Interesse theilnahmen, ist besprochen worden, welche Punkte sind es, die dem Abgeordnetenhause, welche, die dem Herrenhause angenommen werden können? Aus diesen Beratungen entstand derjenige Entwurf, welcher im Anfang der Session vorgelegt worden ist, und zwar dem Abgeordnetenhaus mit der ausdrücklichen Erklärung: „Wenn Sie diesen Entwurf, wie er jetzt Ihnen vorgelegt ist, annehmen, ohne ein Wort oder auch nur ein Komma abzuändern, dann übernimmt die Staatsregierung die moralische Verpflichtung, mit allen Kräften für das Durchgehen dieses Gesetzes einzutreten, denn Sie werden nicht verkennen, welche Bedeutung es hat, wenn die Regierung mit einer Kammer über den Gesek-Entwurf so einig ist, daß nicht einmal ein Komma verändert worden ist.“ Das ist keine Coalition der Regierung mit dem Abgeordnetenhaus gegen das Herrenhaus, sondern ebenso wäre es möglich gewesen, daß, wenn mit Ihnen ein Einverständnis hätte erzielt werden können, mit demselben Gewichte hätte behauptet werden können: Wenn über einen Gesekentwurf zwischen dem Herrenhause und der Regierung keine einzige Meinungsverschiedenheit herrscht, dann wird die Regierung ihr ganzes Gewicht in die Schale legen, um diesen Entwurf auch im anderen Hause zur Annahme zu bringen. Wir sind entschlossen, im Hinblick auf die großen historischen Vorgänge von drei Jahren, die sich an diesen Gesekentwurf anschließen, auf Grund unserer inneren Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit, zum mindesten von der Unsicherheit der Bestimmungen des Gesetzes, den Entwurf zu Annahme zu bringen.

Was die Maßregeln betrifft, die die Regierung getroffen hat, um die Annahme des Gesetzes zu sichern, so ist sie rein sachlich verfahren und hat nur die Mittel angewendet, die sie anwenden mußte, wenn sie sich der Gerechtigkeit ihrer Sache bewußt war. Die können Sie an die Zeiten des Conflictes erinnern und in einem Schritte politischer Nothwendigkeit einen Act der Unpartheilichkeit erblicken? Verzeihen Sie die correcte Haltung des Herrenhauses nicht, am wenigsten an der Stelle, von welcher jetzt die Berufung neuer Mitglieder ausgegangen ist. Vergessen kann überhaupt der einzelne eble und dankbare Mensch nie, aber der Staat muß vergessen, wenn es sich darum handelt, in einer neuen Periode neue nothwendige Maßregeln ins Leben zu rufen. Ein König kann sich nicht dazu bestimmen lassen, seinen Ministern, weil sie einmal einen guten Rath gegeben haben, immer zu folgen, er muß wechseln, je nachdem die staatliche und politische Lage es erfordert. Eine Regierung kann mit einem Hause jahrelang auf dem besten Fuße stehen; sie kann, sie muß denn doch dem Hause gegenüber die Schritte thun, die ihr nothwendig erscheinen, wenn es sich um große politische Maßregeln handelt. Der Vorredner nennt die jetzige Verathung dieses Gesetzesentwurfs den letzten Kampf mit conservativen und organischen Einrichtungen; ich nenne ihn den ersten Kampf um Verlebung derjenigen gesunden Kräfte des Staates, deren wir bedürfen, um auf der Höhe zu bleiben, die wir um Preußen, um Deutschlands willen behaupten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Rittberg: Ich bin gerade kein junger Mann mehr, aber von meinen politischen und socialen Grundzügen aus kann ich der Vorlage aus voller Ueberzeugung zustimmen. Für einzelne Zeitungsartikel kann uns Niemand verantwortlich machen, ebenso wenig kann man daraus, daß wir in der Constatierung das Ministerium gestützt haben, folgern, daß wir ihm jetzt opponiren müssen. Herr v. Kröcher behauptet, das Haus sei zu Compromissen geneigt gewesen. Aber das haben weder die Commissionsberatungen noch die Abstimmungen des Hauses gezeigt. Und es war ein politischer Fehler, den Sie gemacht haben, jeden Compromiß zurückzuweisen. Eine so wichtige, grobartige und einschneidende Vorlage, wie diese, darf man nicht absolut von der Hand weisen. Die Regierung hat lange erwogen, hin und her geprüßt, sich mit dem anderen Hause verständigt, dabei viel umgearbeitet und verbessert. — Nun, meinen Sie es eine Härte, das Großgrundbesitzer

nur nach der Steuer bemessen werden, aber ist es eine Härte, daß der Kreis-ausschuß mit der Besteuerung seiner Genossen beauftragt ist? Wir halten die Vorlage für gut und werden darum alle Amendements ablehnen, aber mit möglichst großer Majorität müssen wir sie annehmen mit Rücksicht auf die Majorität im anderen Hause. Sie haben ja selbst das Bedürfnis nach Reform der Kreisverfassung immer anerkannt, und mit der liberalen Partei Selbstverwaltung auf Ihre Fahne geschrieben. Also stimmen Sie zu diesem Anfange von Selbstverwaltung, und wenn Sie auch Anfangs über manche Unzulänglichkeiten klagen mögen, Sie werden sie doch bald überwinden und sich daran gewöhnen und sich über die neue Entwicklung eines blühenden Gemeindelebens freuen. Trauen Sie lieber meiner frischen als Ihrer finsternen Auffassung. Bedenken Sie, aus Preußen ist Deutschland, unser König ist Kaiser geworden, wir müssen an der Spitze der Nation bleiben, und wie Sie schließlich auch stimmen mögen: Wenn das Gesetz zu Stande kommt, ziehen Sie sich nicht grollend zurück, sondern denken Sie immer daran, daß es Ihre Pflicht ist, an dem öffentlichen Leben in jeder Form mitzuwirken. (Beifall.)

Herr v. Kleist-Rehnow: Jede billige Beurtheilung wird anerkennen, wie sehr das Haus bereit war, die realen Vertheilungen der Ritterschaft zu beschränken; das Recht und die Pflicht aber hat das Haus, die Bedingungen zu fixiren, unter welchen solche Beschränkungen nur möglich sind, ohne zum Unheil des Landes auszufließen. — Aber unser Rath, unsere Bedenken sind nicht gehört worden, darum mußte auch das Haus schließlich die dargebotene Rechte zurückziehen. Ich muß es betonen, daß die Haltung des Ministeriums gegenüber dem Hause von Anfang an eine so scharfe gewesen ist, daß wir nicht im Entferntesten auf ein so wohlwollendes Entgegenkommen, wie das andere Haus, hoffen konnten; auf das Rücksichtslosste wies man alle unsere Vorschläge zurück und schnitt uns jede Hoffnung auf einen Compromiß ab. — Es mag leicht sein, mit einem, oder auch dem anderen Hause sich zu verständigen; aber einen Pakt mit einem Hause zu schließen, um das andere Haus zu unterwerfen und ihm den Compromiß aufzuzwingen, das ist gegen die Verfassung. Bis jetzt haben wir noch keine Provinzialordnung, obwohl das der richtige Weg gewesen wäre, erst mit einer solchen, dann mit einer Kreisordnung zu kommen. Wie der Entwurf jetzt vorliegt, mit seinen abstracten Grundzügen, führt er zu einer willkürlichen und ungerechten Gesekgebung; mit seiner Scheidung zwischen großen und kleinen Grundbesitzern allein nach der Steuerzahlung, dagegen der Scheidung zwischen Stadt und Land nach der Seelenzahl hat er sich gar nicht um die concreten, realen, lebendigen Verhältnisse gekümmert.

Man sagt uns nun, es war ein politischer Fehler, erst den Entwurf zu amendiren und dann abzulehnen. Ueber politische Fehler habe ich überhaupt andere Ansichten als Graf Münster; dann aber ist doch auch zu berücksichtigen, daß wir erst die Vorlage durchberathen mußten, um sie ganz zu verworfen, und daß, je mehr wir mußten, daß das Ministerium den Entwurf zwangsweise durchzuführen wolle, es um so mehr Pflicht der conservativen Partei war, ihre Principien zu bekennen, offen zu sagen: an einer solchen Gesekgebung wollen wir überhaupt nicht mitwirken. — Nun macht man dem Hause Vorwürfe über dies und jenes; aber man findet diese Angriffe überhaupt nur, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß das Herrenhaus nicht mehr ein vollberechtigter Factor der Gesekgebung ist. — Der Herr Minister fragt, was hätte er nach unserer Abstimmung thun sollen. Nun, sich, dem Hause und dem Lande hätte er ein Jahr Frist lassen sollen, mit sich selbst zu Rathe zu gehen; und wäre dann wieder dieselbe Vorlage gekommen, so hätten wir, wenn auch vielleicht zögernd und mit schwerem Herzen, doch gewiß unsere Unterstützung nicht verweigert. — 50 Jahre besteht nun die alte Kreisverfassung und 12 Jahre dauern die Angriffe gegen sie. Zum ersten Male spricht das Haus seine Meinung und gleich wird sie nicht gewürdigt und nicht anerkannt. Meine Hauptbedenken nun gegen den Entwurf sind hauptsächlich folgende: 1) Der Entwurf ist nicht der ursprüngliche der Staatsregierung, sondern durch die Majorität des anderen Hauses vorgeschrieben. 2) Die Mitglieder der Verwaltungsbehörde werden unter das Disciplinargesetz gestellt. 3) Die Veränderlichkeit der Ortsbezirke ist vorläufig unmöglich gemacht. 4) Das königliche Recht der Ernennung der Polizeivorsteher wird beschränkt, der König soll an eine Liste gebunden sein. 5) Die Wahl der Landräthe soll unbeschränkt sein, was eine gefährliche Agitation veranlassen wird. 6) Die Scheidung zwischen Stadt und Land nach der Seelenzahl das Land der Gefahr aussetzt, durch die Stadt majorisirt zu werden. 7) Die gewählten Schulzen sollen nicht Vertreter der Gemeinden auf den Kreistagen sein. 8) Unüberträglich halte ich es mit einem Grenamt, daß man zu dessen Annahme durch hohe Geldstrafen gezwungen werden kann. Auch viele andere schwere Bedenken habe ich außerdem, der Kernpunkt aber liegt für mich in der Bildung der Kreistage; es ist eben die Frage, soll das ständische Prinzip gebrochen werden oder erhalten bleiben? Aber in Kurzem wird das Land überzeugt sein, daß eine gute Verwaltung nicht durch Ehrenbeamtete, sondern nur durch bezahlte zu ermöglichen ist. Nun beruft man sich auf die Einführung der Selbstverwaltung. Sie Alle wissen, ich bin Anhänger derselben; aber wenn die Reorganisation der Verwaltung auf die Kreistage basiert werden soll, dann müssen unsere alten, soliden Kreistage erhalten bleiben. Aber die ganze Verhandlung hat eine colossale Tragweite gewonnen. Es handelt sich nicht mehr um die Kreis-Ordnung, sondern um das Herrenhaus, also um die Landesvertretung, d. h. um die Verfassung. — Gewiß zweifle ich das Recht der Krone, Mitglieder ins Herrenhaus zu schicken, als zweifellos nicht an. Aber wenn die Regierung jedesmal, wenn sie in der Minorität ist, diese Minorität durch einen Paarschub in eine Majorität verwandeln will, dann verliert das Haus seine Freiheit, seine Selbstständigkeit und alles Vertrauen im Hause. Dann haben wir kein Zweikammerstystem mehr, sondern nur eine Kammer, dann herrscht der Liberalismus so schrankenlos, daß die Regierung nicht mehr gegen ihn ankämpfen kann. — Der Minister des Innern hat das Vorgehen gegen dieses Haus mit der Auflösung des anderen Hauses verglichen. Aber bei letzterer appellirt er an die Meinung des Landes, bei dem Paarschub an sich selbst. Das Herrenhaus hat den Beruf, das bestehende Recht ernst zu vertreten, es soll konstant sein. Aber dieses Haus und mit ihm die preussische Aristokratie erfährt eine nachdrückliche Schädigung durch diesen einen Act der Machtvollkommenheit der Krone, und indem die letztere ihren Schuß, ihren Wall schädigt, leistet sie sich selbst den schlechtesten Dienst.

Der Minister sagt, der Schritt ist nothwendig, ja er sagt, ihn zu thun, sei conservativ. Aber da kennt er die conservativen Principien nicht mehr und traut ihnen nicht mehr. Ein solches Vorgehen verrieth und zerstört die conservativ Partei, das Chaos bricht herein und wenn der Minister mit seinen Ueberzeugungen so va banque spielt und glaubt, daß es ihm gestattet sein werde auf Trümmern ruhig seine Cigarre zu rauchen, dann irrt er sich doch. Denn die Gegenläge zwischen conservativ und liberal sind zu groß. Nicht nur das Militär wollen die Liberalen abschaffen, nicht nur wegen des Militäretats haben wir Streit mit ihnen, sondern unsere preussischen Könige haben die Krone vom Fische Gottes, von oben; empfangen; der Liberalismus will sie ihnen von unten zukommen lassen. Unsere Könige haben den Wahlspruch sum cuique, Jedem sein Recht; der Liberalismus will jedes historische Recht nivelliren. Unsere Könige tragen das Schwert zum Schutze des Rechts, die Liberalen brüsten sich mit ihrer Libertine. Darum freuen sie sich auch jetzt, daß die Mauer des Königthums gebrochen wird. — Weiße Leute haben nun vorgeschlagen, an Stelle des Herrenhauses einen Staatsrath oder Senat zu setzen. Aber solche Senate sind anderwärts stets beim ersten Hauch wie Kartenhäuser zusammen gefallen. Wenn das Haus auflösen sollte, der Fort Preußen zu sein, wenn, was wir nie wollen, Preußen in Deutschland aufginge, dann halte ich ein Leben in Frieden im Reiche nicht für möglich. Mit Schmerz blicke ich darum in die Zukunft; die Freiheit hat der Liberalismus auf seine Fahne geschrieben, aber daneben noch viele andere abstracte Phrasen. Nachdem nun die Bedeutung dieses Hauses so bedeutend geschädigt worden, sind die Thüren zu weiterer liberaler Beglückung geöffnet. Aber jetzt behalten wir wenigstens das gute Gewissen und den frischen Mut; bleiben wir uns selbst treu, wie wir 1848—1850 und 1860—1862 waren. Mag man nun forschen, auch recht bald die obligatorische Civilehe folgen zu lassen, um so schneller wird das Land es herzlich satt haben. Darum, meine Herren, bleiben wir frisch, treu und frei! (Beifall rechts.)

Der Minister des Innern: Es hat mich wahrhaft betrübt, daß der Herr Vorredner seine Kritik auf so wenige Punkte beschränkt hat, um aus

Ihnen die Gefährlichkeit der Vorlage zu deduciren. Er zieht den Schluss, daß sie zur Gesamtgemeinde führen wird, während sie gerade umgekehrt durch die positiv in ihr enthaltenen Bestimmungen der zwangsweisen Bildung von Gesamtgemeinden eine Grenze gesetzt und die liberale Partei ihre vor noch nicht langer Zeit ausgegebene Parole „zwangsweise Bildung von Gesamtgemeinden“ jetzt aufgegeben hat. Ebenso ist es still geworden von einer anderen Forderung der liberalen Partei, dem Princip der Kopfabnahme, dem die Ihnen vorgelegte Kreisordnung für lange Zeit einen Damm setzt. Sie sprechen von der Gefahr, die in der Zusammenlegung der Kreisausschüsse und darin liegt, daß das Land mit Beamten überschwemmt wird. In dieser Beziehung appellire ich an Sie; geben Sie hinein in das fertig gewordene Gesetz mit dem Patriotismus und dem Interesse, welches Ihnen die Thatfachen selbst auferlegen, so wird diese Beschränkung nicht eintreten. Galt Sie sich von der Ausführung fern, dann freilich können Sie diesen Beschränkungen Raum geben. Aber was sollte mich berechtigen das von Ihnen voraussetzen? Glauben Sie nicht, daß mir im Hintergrunde dieses Gesetzes vorwärts, daß ich mit Gemüthlichkeit auf rauchenden Trümmern meine Cigarre rauchen will. Ich bin überzeugt, daß sich weder Trümmern herausstellen, noch auch ich in einer so isolirten Stellung sein werde, vielmehr wird Ihr eigenes Interesse und Ihr eigener Patriotismus Sie zwingen meine eifrigsten Helfershelfer zur Ausführung des Gesetzes zu werden.

Dr. Schulze (für die Vorlage). Ich bebauere, daß hier Ausdrücke gefallen sind, wie der, daß die Kreisordnung den Sturz des Königthums bedeute; das sollte mir nichts, am wenigsten im Herrenhause gesagt werden. Die sodann nach den Äußerungen mehrerer Vorredner das Herrenhaus durch die neue Kreisordnung in Frage gestellt wird, vermag ich nicht einzusehen, da die beiden Begriffe einen unmittelbaren Zusammenhang nicht haben. Umsonst beklagen Sie ferner eine Schwächung des Standes der großen Grundbesitzer: wenn irgendwo Opfer gebracht sind, so geschah es von den Liberalen, die harten Kämpfe in dem anderen Hause hätten Sie darüber belehren können. Es wird die Zeit kommen, wo die Rittergutsbesitzer gern dem communalen Verbands der Gemeinden angehören werden, wie einst der Großherzog von Toskana sich glänzend schickte, zum Bürgermeister eines kleinen Städtchens gewählt zu werden. Ihre Opposition, meine Herren, hat bisher die Einführung der Kreisordnung vereitelt, greifen Sie noch jetzt in der ersten Stunde zu! Wenn in zehn Jahren ein preussischer Minister Ihnen wieder eine Kreisordnung vorlegt, so wird dieselbe nicht so conservativ aussehen, wie die zu beratende.

Welchen Eintrag soll sie denn Ihrem Ansehen thun? Sie räumen sich ja immer des freundlichen Verhältnisses mit dem Bauer, des Einverständnisses mit dem modernen Dorfschulzen; nun, dann werden Sie ja von diesen stets sicher zum Kreistag gewählt, also ein conservatives Interesse in keiner Weise verletzt werden. Wie aber gegenwärtig die „Selbstverwaltung“ von den Grundbesitzern aufgefaßt wird, das charakterisiren zur Genüge Annoncen der „Schlesischen Zeitung“, wie die, welche für 120 Tplr. jährlich einen Mann sucht, der die Aunfsehbereitstellung und „einiges von der Polizei“ versteht. Vergleichend muß natürlich ein Ende finden. Der große Grundbesitzer wird für die Aufgabe mancher Vorzüge durch Energie und Arbeit der erste im Kreise bleiben. Es ist ein Unglück, daß im Lande die Polizei so wenig geachtet sei, die neue Kreisordnung wird das ändern. Und noch aus einem viel tieferen Gesichtspunkt muß ich für dieselbe stimmen: sie schafft feste Schranken für jedes Recht und schützt es durch Gesetze, und so bedeutet die Annahme der Vorlage nicht den Sieg der Revolution, sondern des deutschen Rechtsstaates.

Herr v. Zedlitz (gegen die Vorlage) bekennet etwas schmerzlichen Temperaments und daher nicht so hell in die Zukunft blicken zu können, wie sein Vorredner; die Erfahrung werde lehren, ob die Feinde oder die Freunde der Vorlage heute Recht haben. Aber, fährt er fort, ich bin nicht aus rein sachlichen Gründen derselben abgeneigt. Die jetzige Zeit der socialdemokratischen Kriege, in der es sich um die höchsten Güter der Menschheit handelt, scheint zu so tief einschneidenden Änderungen nicht geeignet. Wenn nun über diese Änderungen die Geister nicht nur in dem anderen Hause, sondern auch in dem stabilen Herrenhause auseinandergehen, wie viel schlimmer muß die Verwirrung der Begriffe in den unteren Klassen sein, wenn oben die „Provinzial-Correspondenz“ die Gegner der Vorlage „schlechte Patrioten“ nennt. Und nun appellirt das Ministerium an den Patriotismus derselben Männer? das verstehe ich nicht. Aber, die „Provinzial-Correspondenz“ ist noch weiter gegangen, sie hat dem Herrenhause sogar vorgeworfen, das Ansehen der Krone geschädigt zu haben. Ich habe keinen parlamentarischen Ausdruck der Indignation dafür. Wenn ich den Staat mit einer Dampfmaschine vergleichen darf, so ist das Herrenhaus der Regulator derselben. Schädigt man den Regulator aber so, daß er keine Dienste mehr leisten kann, dann geht die Maschine schieflastig vorwärts, bis der Kessel platzt. Wenn der Vorredner uns rät, sich zurückzuziehen, so würden wir es thun, falls die liberale Gesetzgebung damit abgeschlossen wäre, aber Sie haben ja vom Herrn Minister des Innern gehört, daß diese Vorlage erst der Anfang des bezeichneten großen Kampfes sein soll. Wohin derselbe führen mag? ich fürchte dazu, daß die ultima ratio regum dereinst mit Pulverdampf die Atmosphäre wird reinigen müssen.

Der Handelsminister: Ich habe mich neulich schon einmal an der Debatte betheiligt, und bin, obwohl ich glaube, deutsch, ehrlich und verständlich gesprochen zu haben, dennoch mißverstanden worden. Auf die Gefahr hin, daß das was ich jetzt sagen will, wiederum unklar ist, muß ich doch in Bezug auf einen Punkt von der Stellung der Regierung Zeugnis ablegen. Es ist in einer Rede behauptet, ein Minister habe gesagt: die wären schlechte Patrioten, die gegen die Vorlage stimmen; das hat kein Minister gesagt und ich am allerwenigsten. Ich bestritte es, bis mir der stenographische Bericht gezeigt wird, wo diese Worte stehen. Ich gebe auf Specialien nicht ein, es handelt sich jetzt nur um Annahme oder Nichtannahme des ganzen Gesetzes. Denn wenn die Specialien noch nicht klar geworden sind, dem werden sie auch jetzt nicht mehr klar werden. (Heiterkeit.) Die jetzige Lage ist nicht durch die Regierung herbeigeführt worden, sondern durch zwei politische Fehler Ihrer früheren Commission und Ihrer früheren Majorität; ich habe ein Recht Ihnen dies zu sagen, denn ich habe es Ihnen schon früher vorgehalten. Hätten Sie nicht gegen das Princip des § 81 verstoßen, und hätten Sie nicht hinterher das, was Sie selber gemacht, verworfen, und das Gesetz für die Session, oder für die Legislaturperiode, wie sie glaubten, tot gemacht, so ständen wir nicht auf dem Fled, auf dem wir jetzt stehen. Ich kann es mir nicht verlagern, zu behaupten, die jetzige Lage der Sache hat die frühere Majorität herbeigeführt, und ich bitte Sie dringend, fügen Sie zu diesen zwei politischen Fehlern nicht noch einen dritten hinzu! von Zedlitz vermahnt sich dagegen, als ob er den Ausdruck „schlechte Patrioten“ einem Minister in den Mund gelegt habe; er habe nur die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ citirt.

Ein Antrag auf Schluß der General-Discussion liegt vor, dem ich aber Herr v. Senfft-Pilsach widerlegt. Wie wenig aufgeklärt die Sachen noch sind, bemerkt er, daß hat der Beifall bewiesen, der wiederholt bei solchen Stellen laut wurde, wo man es in diesem Hause nicht hätte erwarten sollen. Wollen Sie die Special-Discussion abblättern, so schließen Sie die General-Discussion nicht zu früh! Allerdings haben Sie jetzt die Majorität, es sind ja so viele Herren „angekommen“; aber als wir die Majorität hatten, da haben wir den Prof. Baumgarten ruhig sprechen lassen. Ist das Courtoisie, wenn Sie uns jetzt das Wort abschneiden? Herr Dernburg meint, daß die Special-Discussion noch jedem Bedürfnis zu sprechen genügen wird; aber Herr v. Senfft-Pilsach entgegnet ihm, daß er trotz seines deutlichen Organs mißverstanden sei; der Schluß der allgemeinen Discussion in diesem Moment sei nicht artig und gegen die Pflicht der Courtoisie.

Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt und die allgemeine Discussion fortgesetzt.

Professor Baumgarten erwidert auf den Vorwurf Kröcher's, daß die Freunde des Gesetzes der socialen Revolution die Wege ebneten, in aller Offenheit, daß es geradezu die Partei des Herrn v. Kröcher sei, welche in allen europäischen Ländern die Revolution entfesselt habe (Unruhe), weil sie aus einseitigem Parteinteresse sich allemal vernünftigen und notwendigen Reformen widersetze. (Große Unruhe.) Herr v. Kleist habe heute wieder mit Emphebe versichert, daß er der Regierung die Hand weit entgegengebreitet habe, derselbe Herr, welcher in der vergangenen Session dem Minister des Innern den Hohn ins Gesicht warf, er hoffe, das Herrenhaus werde noch viele für das Ministerium unannehmbare Beschlüsse fassen; nun, wenn das heiße, die Hand weit entgegenstrecken, dann sei es einigermassen interessant, zu erfahren, was Herr v. Kleist unter Opposition verstände. (Sehr gut.) Die linke Seite des Hauses befand sich heute in verhältnismäßig günstiger Position, nicht als ob sie der Annahme des Gesetzes sicher wäre, sondern weil alle ihre Amendements von der Regierung in die Vorlage aufgenommen seien. Sie hätte deshalb nicht nötig, neue Änderungsanträge einzubringen; sie werde auch nicht den geringsten Versuch machen, von anderer Seite eingebrachte Amendements zu bekämpfen; sie werde sich vielmals auf Abstimmen beschränken. Die Partei des Herrn von Kleist habe sich seit 1807 gegen jeden geübten Gesetz widersteht; sie sei schon seit der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts als Feudalismus im Kampfe mit dem modernen Staat gewesen. Gar Mancher aus ihrer Mitte betrachte das neue deutsche Reich und die Errichtung des Hohenzollern'schen

Kaiserthums mit mißfälligen Augen; die alte Opposition der Feudalen gegen die Hohenzollern sei noch nicht ausgestorben. Auf Einzelnes in dem Gesetze wolle er nicht eingehen; seine Freunde und er seien dem Minister des Innern aufrichtig dankbar für die Vorlage; sie würden ihr unbedingt zustimmen. Er bitte auch die Herren von der Rechten, sich bei dieser Abstimmung zu corrigiren. (Unruhe rechts.)

Graf Schulenburg-Wechsungen wirft dem Vorredner „baumstarkes“ Selbstgefühl vor und greift die unbezügliche Festigkeit des Herrenhauses, dessen Willen die Regierung nur mit Gewalt habe brechen können, an. Dasselbe sei gewohnt, mit den größten und heftigsten Schwärmungen des Hasses überhäufet zu werden, aber es sei neu, daß die Regierungspresse sich mit der Colerie der liberalen Presse zu diesem Zweck verbinde. Die Minister plekteten zwar jede Verantwortlichkeit für ihre Presse abzulehnen, aber es sei doch unbestreitbar, daß die Regierung diese Blätter und die Leute, welche sie schrieben, bezahle. Nach 1866 habe die Regierung erhaben über jede parlamentarische Redefertigkeit dagestanden; trotzdem habe sie nichts besseres zu thun gewußt, als die conservative Partei Schritt für Schritt systematisch zu ruiniren, deshalb könne er sich auch mit dem Charakter des deutschen Reichs nicht befremden, denn wie prächtig sich über ihm die kaiserliche Würde wölbe, unten herrsche der Chaos. Die Reichsgesetzgebung habe die Lehrer des göttlichen Worts unter ein Ausnahmestrafgesetz gestellt; es habe eine Anzahl deutscher Bürger durch das Jesuitengesetz aus dem Vaterlande vertrieben. Von englischen Zuständen wolle unter Volk, Gott sei Dank! noch nichts wissen; keine Klasse der Bevölkerung würde ein solches Königthum missen wollen; man dränge mit Gewalt zum Constitutionalismus; in preussischen Zuständen habe er gar keinen Anhalt. Sei Graf Zhenplis Führer des Herrenhauses? Oder Graf Schulenburg Führer des Abgeordnetenhauses? Oder auch nur einer Partei? Es müßte denn sein, daß er neuerdings die Führung der Nationalliberalen übernommen habe. (Heiterkeit.)

Nachdem der Redner noch Amendements seiner Partei in Aussicht gestellt hat, schließt er: Noch einige Worte zu den neu eingetretenen Mitgliedern! Ich begrüße Sie wegen der Parteilichkeit, mit welcher die Wahl Ihrer Personen dem Charakter dieses Hauses angepaßt ist; ich begrüße Sie wegen der treuen Dienste, welche Sie der Krone und dem Lande geleistet haben; ich begrüße Sie in Ehrfurcht wegen Ihres Alters (wärmtliche Heiterkeit), in welche die neuen Mitglieder einstimmen, am herrlichsten Feldmarschall von Steinmetz, an welchen hauptsächlich der Redner seine Apoptrophe richtet). Aber ich nehme an, daß Sie mehr im Geiste treuer Pflichterfüllung, als aus besonderer Neigung dem Rufe in dies Haus gefolgt sind, und ich hoffe, daß Sie Ihre Hand nicht bieten werden zu einer Reform dieser Körperchaft. Verbalten meine und meiner Freunde Klagen und Warnungen wieder ungehört, dann werde ich den Staub der Kaiserkrone von meinen Füßen schütteln und in mein ländliches Stilleben zurückkehren, um dort meine Söhne zu erziehen in der etwas particularistischen Liebe zu ihrem angeerbten Grund und Boden, in der Betrachtung des Scheinconstitutionalismus und selbstverständlich in der Liebe zu ihrem angestammten König und Herrn. (Beifall rechts.)

Nachdem der Antrag auf Schluß um 3½ Uhr aufs Neue abgelehnt und der Saal erleuchtet worden, erhält Herr Hasselbach das Wort, um in eingehendiger Weise den Vortrag des Herrn v. Kleist-Regow zu analysiren. Er läßt ihm die Gerechtigkeit wiederfahren, daß er dem Gedanken einer Reform der Kreisordnung von Hause aus nicht abgeneigt sei; a er die Art, wie er ihm am besten zu dienen glaube, sei keine fruchtbar. Auch ihm (dem Redner) gefalle nicht jeder Paragraph der neuen Kreisordnung, gleichwohl nehme er sie im Ganzen und Unverändert an in gewissenhafter Erfüllung seiner Pflicht. Das Chaos werde nach ihrer Ausführung nicht über das Land einbrechen, und man könne sich die Anfertigung der düstern und schreckhaften Gemälde ersparen, welche das Ende aller Dinge, den Sieg der Socialdemokratie und die Schwächung der Macht der Krone als Früchte der Kreisordnung in Aussicht stellen. Namentlich möge man sich für die Macht der Krone nicht gegen den Willen derselben gar zu eifrig anstrengen. Die Hohenzollern hätten eben so viel Geschick als Instinkt bewiesen, diese ihre Macht vor Schwächung zu bewahren und das Herrenhaus habe wahrlich nicht nötig, die Kreisordnung anzugreifen, um die Krone gegen sich selbst zu schützen.

Graf Brühl bittet gegen das Gesetz zu stimmen, denn es sei die Aufgabe des Herrenhauses — die es schon mehrfach erfüllt und auch Dank dafür verdient habe — die Krone zu schützen, wenn sie bei ihren eigenen Ministern den nöthigen Schutz nicht fände. Ueber die Errichtung des deutschen Reiches habe er sich herzlich gefreut, aber die Entwicklung der Reichsverfassung blicke er tief. Er bitte seine Freunde gegen das Gesetz zu stimmen; wenn sie auch vielleicht in der Minorität blieben, eine feste, geschlossene conservativere Minderheit sei immer besser, als eine Mehrheit, deren Ueberzeugung hin und her schwänze.

Um 4 Uhr wird die allgemeine Discussion und die Sitzung geschlossen; die Speciale beginnt morgen Sonnabend 11 Uhr.

Berlin, 6. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geh. Regierungsrath, Professor Dr. Bernhardt an der Universität in Halle und dem Geheimen Justiz-Rath von Grobbed, Director des Commerz- und Admiraltäts-Collegiums in Danzig, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eidenlaub; dem Geheimen Sanitätsrath Dr. Westphal zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Major J. D. Friederici zu Hannover, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (R. Holland) 7. Ostpreussischen Landwehr-Regiments Nr. 44, dem Oberförster Raben zu Saurpat bei Springe, dem Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten von Hale auf Bahrendorf, Kreis Westow-Storow und dem Stadthauptmann-Buchhalter Wiesner zu Breslau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Ober-Sinanz-Rath Scheller zu Berlin den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem General-Director der Schlesischen Besitzungen Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin von Sachsen, Geheimen Hofrath Tilling zu Heinrichau, Kreis Münsterberg, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Fabrikbesitzer Gottfried Leppien zu Lüneburg und dem Rentier Elias Aaron Salomon zu Berlin den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung des Kaiserlich russischen St. Stanislaus-Ordens erster Klasse: dem Ober-Präsidenten Grafen v. Königsmarck zu Posen; des Kaiserlich russischen St. Annen-Ordens zweiter Klasse: dem Regierungs-Vize-Präsidenten von Wegnern zu Posen; des Komthurkreuzes erster Klasse des königlich sächsischen Albrechts-Ordens: dem Regierungs-Vize-Präsidenten Grafen von Boninski zu Breslau ertheilt.

Se. Majestät der König hat den seitherigen Stadt-Synodus und unbesoldeten Beigeordneten Dertel zu Liegnitz, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Liegnitz für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren; den seitherigen Stadtrath Herze zu Posen, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl als befohlenden Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der genannten Stadt für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer; den Commerzienrath August Engels zu Wismar, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Wismar für eine fernere sechsjährige Amtsdauer; und die bisherigen Stadtverordneten: Rentner August Sölling und Gewerker Dr. jur. Carl Heyden zu Essen, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Essen für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Der bisherige königl. Landbaumeister bei der Regierung zu Erfurt, Otto Ernst Kilburger, ist zum königl. Bau-Inspector ernannt und demselben die Bau-Inspectorstelle zu Eisleben verliehen worden. Der königl. Kreis-Baumeister Albert Hugo Saemann zu Weblau ist in gleicher Eigenschaft nach Bartenstein versetzt, und dem bisherigen Baumeister Gustav Steinbild zu Berlin, unter gleichzeitiger Ernennung zum königl. Kreisbaumeister, die Kreisbaumeisterstelle zu Weblau verliehen worden.

Berlin, 5. December. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] hat den gestrigen Tag in Weimar zugebracht und ist am Abend, von Sr. Majestät dem Kaiser und König auf dem Anhalter Bahnhof empfangen, hier eingetroffen.

Heute empfing Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie und besuchte Ihre Majestät die verwitwete Königin in Charlottenburg. Die Prinzessin Pauline von Sachsen-Weimar ist aus Stuttgart in Begleitung Ihrer Majestät hier angekommen und wohnt bei den kaiserlichen Majestäten im Palais.

(Reichs-Anz.)

© Berlin, 6. Decbr. [Die Ultras im Herrenhause. — Der Brief des Königs an Graf Frankenberg. — Dementi.] Die Vorgänge in der heutigen Herrenhaus-Sitzung haben den Beweis gegeben, daß die äußerste Rechte keineswegs heabsichtigt, das Gewehr zu strecken. Vielmehr scheint die Hartnäckigkeit noch im Wachsen zu

sein, denn neuerdings schließen sich selbst solche Mitglieder des Herrenhauses den Bestrebungen der Ultras an, welche sonst im Großen und Ganzen mit der Regierung zu gehen pflegten. So findet man z. B. unter den Unterzeichneten der neu eingebrachten Amendements auch den Herrn v. Frankenberg-Ludwigsdorf. Dieser Name überrascht um so mehr, als, wie ich höre, die Mittheilungen der „Breslauer Zeitung“ über einen Briefwechsel zwischen dem Genannten und dem Kaiser sich bestätigen. In der That ist der Monarch in seinem eigenhändigen acht Seiten langen Briefe mit einer Gründlichkeit und Genauigkeit auf die Reformfrage eingegangen, wie es selbst der mit der Sache besonders vertraute Regierungs-Commissar nicht besser hätte thun können. Der Kaiser hat seinen Brief mit der Mahnung geschlossen, daß nach seiner Ueberzeugung die Loyalität und Pietät den monarchisch gestanteten Mitgliedern des Herrenhauses die Pflicht auferlegen müsse, wenigstens durch Enthaltung von dem activen Widerstande gegen die von Seiten der Regierung als notwendig erkannte Reform zurückzutreten. Herr von Frankenberg und seine Freunde scheinen diese Mahnung nicht beherzigt zu haben. Um so mehr aber tritt jetzt die Nothwendigkeit derjenigen Maßregel in das hellste Licht, welche von der Regierung des Königs in durchaus verfassungsmäßiger Weise zur Sicherung ihrer Autorität ergriffen worden ist. Der Sinn und die Tragweite der heutigen Äußerung des Ministers des Innern in Betreff der Forderung einer unveränderten Annahme der Vorlage wird wohl in den Reihen der mit Erbitterung weiter kämpfenden Opposition nicht mißverstanden sein. Mit der vorläufigen Ernennung von 24 Patris ist das Maß der Rechte, welche die Verfassung der Regierung gegenüber dem Herrenhause gewährt, noch keineswegs erschöpft. — Das von der „Kreuzzeitung“ gestiftet erwähnte und sofort widerlegte Gerücht, daß der Graf Arnim zum Nachfolger des Grafen Stolberg im Oberpräsidium von Hannover designirt sei, scheint aus einer Verwechslung hervorgegangen zu sein. Thatsächlich war nämlich Graf Arnim für eine Landdrostei in Aussicht genommen. Derselbe hat jedoch eine solche Berufung mit Rücksicht auf seine Stellung im Herrenhause und im Reichstage abgelehnt.

— Berlin, 6. December. [Die heutige General-Debatte über den Kreisordnungs-Entwurf] im Herrenhause macht den Ausgang der Gesamtberatungen über die Vorlage mindestens sehr zweifelhaft. Es ist von älteren Mitgliedern, welche mit dem Gange der Dinge im Herrenhause sehr vertraut sind, eine Berechnung aufgestellt worden, wonach im allergünstigsten Falle, nach dem augenblicklichen Stand der Dinge das Schicksal der gesamten Abstimmung von drei bis vier Stimmen abhängt. Will die äußerste Rechte ihrerseits Zuzug beufen — und nach ihrem heutigen festen und herausfordernden Auftreten wird man dies erwarten dürfen — so hat sie wieder, wie neulich die Sache in der Hand und eine abermalige Verwerfung der Kreisordnung ist nicht nur möglich, sondern geradezu wahrscheinlich. Es wird sich dann zeigen, wie gänzlich unzureichend die jetzige Ernennung von 24 neuen Mitgliedern des Herrenhauses gewesen. Den Schwerpunkt der heutigen Debatte bildete die schneidende Rede Kleist-Regow's; Graf Schulenburg-Wechsungen, der sich den Ministern des Innern zum Stichblatt wählte und schließlich die Neuberufenen bespöttelte, gelang es auch hier, wider seinen Willen das Herrenhaus, wie früher das Abgeordnetenhause und den norddeutschen Reichstag zu homertischem Gelächter anzuregen. Der Minister des Innern vertheidigt die Vorlage und ließ die maßlosen Angriffe gegen seine Person völlig unbeachtet. Die Freunde der Vorlage blieben in Bezug auf Form und Inhalt ihrer Reden weit hinter den Gegnern zurück.

D. R. C. [Der Rücktritt des Kriegsministers.] Noch vor drei Tagen etwa schrieben die Offizien, daß an der Nachricht, Graf Roon habe bei dem Kaiser seinen Abschied nachgesucht, nichts daran sei und heute schon müssen wir melden, daß nicht nur diese von anderer Seite gebrachte Nachricht richtig ist, sondern daß auch, wie auf das bestimmteste verlautet, dies Gesuch vom Kaiser angenommen sei. Graf Roon, welcher sich jetzt auf seinem Gute Gütergob befindet, und in der That leidend sein soll, wird voraussichtlich wieder hieher zurückkommen, um seinem Nachfolger die Geschäfte zu übergeben. Ueber die Person des letzteren kursiren mannigfache Gerüchte, jedoch ist Definitives noch nicht zu melden. Wenn unter den Candidaten auch Herr v. Holleben genannt wird, so können wir dem entschieden widersprechen. Graf Roon hat während seiner mehr als zehnjährigen Amtsthätigkeit, als deren hervorragendes Werk die Militärreorganisation zu betrachten ist, sich so hohe Verdienste um das Vaterland erworben, daß man ihm wohl jetzt die erbetene Ruhe gönnen kann. Sein Name ist mit der neueren Geschichte Deutschlands so eng verknüpft, daß er noch lange genannt werden wird, wenn auch nicht mehr sein Träger an der Spitze der deutschen Heeresverwaltung steht.

München, 6. December. [Der Justizminister Fautsle] hat sich heute Abend nach Berlin begeben.

München, 4. December. [Die Spitzeder'sche Schwindelbanc und die Geistlichkeit.] Auf den Zusammenhang, welcher zwischen vielen Mitgliedern des Clerus und der Spitzeder'schen Schwindelbanc thatsächlich bestanden hat, wurde neulich in einem Artikel der „A. A. Z.“ hingewiesen; es wurde daselbst u. A. gesagt, trotz des oberkirchlichen Erlasses habe die Mehrzahl der Geistlichen die Theilnehmung an der Banc anempfohlen, zum wenigsten sei dies indirect durch Empfehlung jener Blätter geschehen, welche für die Spitzeder und ihr Geschäft plaidirt hätten. Hiergegen hatte das Ordinariat des Erzbischofs München-Freising einen Erlass publicirt, in welchem diese Anklagen, soweit sie gegen den Clerus dieser Diocese gerichtet, „auf Grund amtlicher Kenntniß des Sachverhalts als unberechtigt zurückgewiesen und für böswillige Verleumdungen erklärt wurden, da der Autor unmöglich Beweise in den Händen haben könne.“

Die „A. A. Ztg.“ antwortet heute in einem fulminanten Artikel u. A.:

„Die Beweise, die der Autor unmöglich zu Händen haben konnte“, sind zur Hand! ... Die rechtliche Verfolgung des Falles ist bekanntlich noch nicht abgeschlossen, und erst sie wird die vollen und letzten Beweise bringen, wer seine Hände im Spiele gehabt hat. Aber auch heute schon gebührt der Öffentlichkeit vernichtende Thatfachen an, die das Ordinariat hätte kennen sollen, wenn es sich mit seiner „amtlichen Kenntniß“ brüstet!

Herr Cooperator Kanneuther giebt selber zu, daß er aus dem Blutzug der Dadauer Banc ein Darlehen von 10,000 Fl. nahm, um dem mittellosen katholischen Casino in Giesing ein Haus zu bauen, und er war „Vorstand“ jenes Vereins, dessen Mitglieder blind auf die Worte des Meisters schworen; zu dem Hause, das der katholische Gesellen-Verein r. Z. in der Entenbachstraße errichtete, wurde Spitzeder'sches Geld beigegeben, und ein Priester (Cooperator A.) war es, der den Handel leitete und sich selbst dabei eine treffliche Wohnung reservirte. Weiß das hohe Ordinariat nichts von Geschenken, die aus dem Gelde jener Banc ex voto oder unter der Form des Darlehens an Kirchen und Kirchenvorstände gemacht wurden; weiß es nicht, daß ein Priester es war, der am anderen Morgen nach der Schließung des Spitzeder'schen Geschäftes die Massen auf offener Straße anredete und darüber selbst zu gerichtlichem Verhör genommen ward? Als die Wache das Haus der Bancbesitzerin bezog, da fanden Soldaten auf dem Boden, in den Gängen, im Papiertorb die Briefe und die Visitenkarten von Geistlichen (unter anderen die des bekannten Gebetbuchschreibers S.). Wenn solche Documente in den Parterre-Localen und auf der Erde zu finden waren, was mag dann das Arbeitszimmer, was mögen die Bücher und die Schatulle jenes verachteten Weibes enthalten! Wir fragen Jeden, der nicht blind sein will: ob eine Fäulung zwischen dem Clerus und jenem Geschäftsbetrieb existirte oder nicht? Daß es eine Menge von Priestern giebt, die im Be-

wußten ihrer Pflicht harter zu sein, das wollen wir nicht bezweifeln, und die Gerechtigkeit, die jeder Bürger zu fordern hat, sei ihnen voll gegeben. Aber dies hebt den Antheil an der Schuld nicht auf, den der Clerus im Ganzen an dem, was geschehen ist, trägt. Denn es wäre in der That eine beifällige Sache, wenn sich keine Geistlichen mehr fänden, die das Nützliche gethan; es ist schlimm genug, daß sich so viele fänden, die das Nützliche verweigern. Diese Thatsache bleibt übrig trotz der redlichen Bemühung der Gutsgegnen, und mit dieser Thatsache rechnen wir ab. Daß dem so ist, das zeigen die mannigfachen Anmerkungen, die von Geistlichen zur Gantmasse gemacht wurden; ein einziger hat 6-8 Wechsel präsentiert, die auf seinen Namen lauten. Woher kommen die noch viel zahlreicheren Forderungen von - Farrersthöschinnen, welche sicher nicht ohne Rath über ihre Erbsparnisse verfügten? Doch wohl nicht daher, daß der „erwähnte Clerus“ ihnen abgerathen! Und wie geschah es ferner, daß sich nur aus katholischen Provinzen die Summen auftrudelten, und aus den meist katholischen die meisten? Wie kam es, daß sich das ganze Unterneben im Bewußtsein des Volkes als ein specifisch katholisches festsetzte? Wir fragen noch einmal: wäre dies möglich gewesen gegen den Willen des katholischen Clerus? ...

Obwohl ein ergiebiger Ertrag vor den Wunderbanken gewarnt hatte, erklärte sich doch das „Vaterland“ mit täglichen Heftartikeln die einmalige Wirkung desselben zu paralysiren; der „Volksbote“ dagegen gab sich die beste Mühe nachzuweisen, daß unter dieser Warnung das Geschäft der „Mutterbank“ gar nicht begriffen sei.

Was hat man gethan, um dieses sträfliche Gebahren zu entwaschen, und mit weichen schallenden Worten jene gedruckten Lügen zu widerlegen und die Folgen derselben abzuschneiden? Wahrscheinlich, es will uns scheinen, daß damals ein feierlicher Protest des Ordinariums besser am Platze gewesen wäre, als jetzt! Aber „Volksbote“ und „Vaterland“ gingen wie sonst hin- und unter die Menge, und die Menge hatte es ja oft genug gehört, daß dies „gute Blätter“ seien. Warum sollte ihr Rath nicht gut sein!

Wir wiederholen es: in diesem Rath stehen die Thatsachen unbarmherzig fest; es ist der Clerus, der sich bemüht hat, jene Blätter einzubürgern, und der den Einfluß auch dann nicht entwarf, als er jene verhängnisvolle Richtung eingeschlagen.

Der Herr Farrer hat mich gewarnt, sprach eine Frau (aus der Nähe von Dillingen) bei Amte, aber das „Vaterland“ hat die Sache so warm verhandelt, und der Herr Farrer hat doch selber immer gesagt: das „Vaterland“ sei ein gutes Blatt. Damit ließ ich mich irren führen.

Karlruhe, 6. December. [Der Kronprinz von Preußen.]

Die seit einigen Tagen eingetretene entschiedene Wendung zum Guten im Befinden Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen ist in gleichmäßigem und raschem Fortschreiten begriffen. Der Kronprinz wird, sobald eine Reise ohne zu befürchtende Nachtheile unternommen werden kann, sich von hier nach Wiesbaden begeben, um dort zum Zwecke einer von Seiten der Aerzte als notwendig erachteten Nachkur Aufenthalt zu nehmen.

Wien, 6. December. [In der gestern Abend stattgehabten Sitzung des Deutscher Clubs]

hielt der bisherige Minister-Präsident Conyay eine längere Rede, in welcher er erklärte, er werde als unabhängiges Parteimitglied das Wohl des Vaterlandes fernerhin wie bisher zu fördern bestrebt sein. Deat sprach sich sodann sehr anerkennend über Conyays Willen aus, constatirte, daß er die Verdächtigungen gegen denselben nie geglaubt habe und drückte seine Freude darüber aus, daß derselbe seine fernere Mitwirkung versprochen habe. Der jetzige Ministerpräsident Sylav empfahl sich und seine Collegen hierauf der Unterstützung der Partei, welche ihm Deat zusagte.

Schweiz.

Bern, 2. Decbr. [Eröffnung der Bundesversammlung.] Seit heute Vormittag 10 Uhr sind die eidgenössischen Räte wieder in der Bundesstadt versammelt. Der Nationalrath, in welchem man trotz seiner Neuwahl nur wenig neue Gesichter erblickt, wurde von Oberst Stehlin aus Basel als Alters-Präsident mit einer Rede eröffnet, welche nach einigen Begrüßungsworten lautet:

Die friedliche Lösung, welche zwei der ersten Culturkämpfer der Gegenwart ihren Streitigkeiten gegeben haben, die in früherer Zeit unfehlbar zu einem verheerenden Kriege geführt hätten, dürfen wir für jene beiden tiefgehenden Bewegungen, die zur Zeit die civilisirte Welt in Spannung halten, die kirchliche und sociale Frage, nicht erwarten. Diese werden auch in unserem Vaterlande lange und schwere Kämpfe hervorgerufen, deren Anfänge sich bereits deutlich erkennen lassen, während ihr Ausgang unseren Blicken verborgen ist. Trüben aber nicht alle Anzeichen, so wird auf dem kirchlichen Gebiet der Glaubenszwang der Glaubensfreiheit weichen müssen, und von der socialen Gährung läßt sich erwarten, daß sie, wenn auch langsam, so doch ohne gewaltsame Störung auf dem Boden einer geläuterten Erkenntnis der Naturgesetze, unter deren Herrschaft die menschliche Gesellschaft lebt, ihre Ausgleichung finden werde. Doch wenden wir unsere Blicke der politischen Lage des Vaterlandes zu, wie die achte Antiperiode sie geschaffen hat und wie die neunte sie vorfindet: zwei bedeutungsvolle Manifestationen des Volkswillens liegen in dem Zwischenraume. Den unter mühevollen Debatten zu Stande gekommenen Entwurf einer neuen Bundesverfassung hat die Mehrheit der Stände und des Volkes am 12. Mai 1872 verworfen, und dennoch ist aus den Wahlen des 27. October 1872 wieder eine Mehrheit revisionistischer Mitglieder des Nationalraths hervorgegangen. Nach meinem Dafürhalten ist dieser Widerspruch zwischen zwei Volkseinstimmungen nur ein scheinbarer, aber er muß abgeklärt werden, denn so lange dieses nicht geschieht, wird keine politische Ruhe im Schweizerlande eintreten und wird die schon allzu lange durch Revisionen vergeblich fruchtbarer Thätigkeit in den Verbänden des Bundes wie der Cantone gelähmt bleiben. Zur Abklärung der Lage wird eine vorurtheilsfreie, unbefangene Würdigung der beiden Volkseinstimmungen das Beste beitragen. Nun sagt der Entscheid vom 12. Mai wohl ziemlich deutlich: wir wollen die bundesstaatliche Organisation von 1848 beibehalten; wir lieben nicht die weiten Revisionsprämissen auf Gebieten, welche wir selbst zu beherrschen im Stande sind; wir wollen uns nicht vor die Alternative gestellt sehen, entweder Alles annehmen oder verwerfen zu müssen. Und nicht im Widerspruch mit dem Entscheid vom 12. Mai 1872 lassen die Wahlen vom 27. October 1872 unzweifelhaft erkennen, daß die Mehrheit des cantonalen Schweizervolkes ein Bedürfnis der Revision der Bundesverfassung anerkennt, daß mehr oder weniger in allen Cantonen die Ansicht und Einsicht vorherrscht, es sei der einzelne Canton nicht im Stande, den gesteigerten Anforderungen der Gegenwart zu genügen, er befinde sich allein weder die moralische Kraft, noch die materiellen Hilfsmittel, um den Bedürfnissen der geistigen Bildung, der Volkswirtschaft und des Verkehrs zu genügen. Gleich wie er ja auch nicht im Stande wäre, die Freiheit und Unabhängigkeit des Schweizerlandes zu schützen, denn hierzu bedürfte es wahrlich aller im Schweizerlande vorhandenen und im Bunde vereinigten Kräfte. Und so ist es unübersehbar, daß das Volkswort vom 12. Mai und 27. October 1872 enthält eine Lehre und zugleich eine Aufforderung zur Revision der Bundesverfassung. Diese Revisionsfrage aber soll und kann im Sinn: des praktischen Schweizervolkes gelöst werden, wenn sie sich das wirklich Nothwendige, das in unserem vielgegliederten und vielgestalteten Bundesstaate Mögliche und praktisch Durchführbare zum Ziele setzt und sich nicht von politischen oder idealen Doctrinen beeinflussen läßt. Meine Herren Nationalräthe! Kein aufrichtiger Vaterlandsfreund, sei er deutscher oder romanischer Zunge, wird in Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt des Gesamtvaterlandes still stehen wollen. Es wäre das die bedauerlichste Erscheinung! Keiner, auch der Antirevisionist nicht, wird einen geliebten nationalen Entwicklung dadurch entgegengetreten wollen, daß er sich weigert, die Hemmnisse wegzuräumen zu helfen, welche die Schweiz verbürden, sich in gleichem Maße freiheitlich zu entwickeln, wie die unter monarchischer Staatsform lebenden Völker. Von diesen Betrachtungen geleitet, bezeichne ich eine vorangehende Verhandlung über Wiederaufnahme der Bundesverfassungsrevision als ein erstes Tractandum des neu gewählten Nationalraths, und hand in Hand mit ihr gehe das bedeutungsvollste Tractandum unseres diesmaligen Geschäftsberichts, die Neuwahl des Bundesraths; denn diese soll und wird einen wesentlichen Einfluß auf die prädominirende Revisionsfrage ausüben. Meine Herren Nationalräthe! Möge der Geist wahrer Vaterlandsliebe Ihre Verhandlungen leiten und Ihre Entschlüsse bestimmen! Mit diesem Wunsche erlaube ich die erste Sitzung der neunten Amtsperiode des Nationalraths eröffnet.

Da nur vier Wahlen beanstandet sind, wird die Commission, deren Einsetzung dem Präsidenten überlassen wurde, ihre Prüfung bis morgen beendigt haben, worauf dann die Wahl der Bureau's stattfinden wird. — Auch der Ständerath wurde vom abtretenden Präsidenten

Kapeller aus dem Thurgau mit einer Ansprache eröffnet. Zum Präsidenten wählte der Ständerath den seitigen Vice-Präsidenten Roguin von Lausanne, zum Vice-Präsidenten Kopp von Luzern. Ersterer erhielt gleich im ersten Wahlgange 36 von 38, letzterer im dritten Wahlgange 20 von 38 Stimmen. Als Stimmzähler gingen Roth aus Appenzell a. Rh. und Jeannenoud von Neuchâtel aus der Wahlurne hervor.

[Vertrag in Betreff der Westbahn.] Mit 164 gegen nur 1 Stimme hat vor einigen Tagen der Große Rath des Cantons Argau den zwischen der Aargauer Regierung und den Directionen der Centralbahn und Nordostbahn abgeschlossenen Vertrag über die Selbstverwaltung der Aargauer Westbahnen genehmigt und der Nordostbahn die Concession für die Linde Dillingen-Baden, der Nationalbahn aber nur die für die Linie Baden-Mellingen-Lenzburg bewilligt. — Laut Mittheilung des Schweizerischen Gesandten in Wien hat daselbst der Austausch der Ratificationen des mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrages, betreffend den Dienst auf den gemischten Zollämtern auf den Eisenbahnstationen zu St. Margarethen und Buchs, soeben stattgefunden.

Italien.
Rom, 2. Decbr. [Diplomatische Actenstücke.] Der Deputirtenkammer sind am 27. v. Mts. von dem Minister des Auswärtigen nachstehende diplomatische Actenstücke mitgetheilt worden:
„Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik an den italienischen Gesandten in Paris.
(Ohne Datum.) Erhalten durch die Gesandtschaft am 19. Octbr. 1872.
Herr Minister!

Sie hatten die Güte, mich von dem Inhalt der Depesche in Kenntniß zu setzen, welche von Sr. Excellenz Herrn Visconti-Venosta am 13. d. Mts. an Sie gerichtet wurde und sich auf den durch die Theilnahme des Vaters Secchi an der internationalen Meter-Commission hervorgerufenen Zwischenfall bezieht. Ich möchte nicht, daß besagter Zwischenfall irgendwie ein Mißverständnis zwischen unseren beiderseitigen Regierungen hinterlasse, deshalb beehre ich mich Ihnen ausdrücklich zu erklären, daß die Wiederberufung des ausgezeichneten Astronomen in eine gelehrte Versammlung, an welcher er seit länger als 2 Jahren Theil genommen, aus ganz natürlichen Umständen herborgring. Das mit Vorbereitung der Arbeiten betraute Comité lud ihn aus eigener Initiative ein, und die Regierung hatte keineswegs ausdrücklich zu entscheiden, auf welchen Anspruch hin er inmitten seiner Collegen tagen sollte. Mögen immerhin, was diesen Punkt anlangt, gewisse unbenutzte Verfassungen, wie auch die von einer gelehrtenberufung, welche den diplomatischen Erwägungen fern stand, herrührenden Protokolle mehr oder minder genaue Mittheilungen bringen: die Regierung, ohne Kenntniß derselben, hatte sich nicht damit zu beschäftigen und konnte ihnen keinerlei Wichtigkeit beilegen.

Auch Ihre Regierung erkennt gleich uns an, daß das Factum an sich bedeutungslos ist. Was sie zu beschäftigen scheint, ist, daß der Zwischenfall nicht unter anderen Umständen eine Präcedenz werde, dem man eine nicht darin enthaltene Tragweite beilegen könnte. Allein ich kann Ihnen die positive Versicherung erteilen, daß die französische Regierung nicht versteht, wie Thatsachen, welche in einer durchaus wissenschaftlichen Versammlung vorgekommen und nicht nach einer Wiederholung angehen sind, der Zukunft vorgehen oder eine Antecedenz bilden können, auf das die Politik sich zu berufen berechtigt wäre. Genehmigen Sie u. s. w. gez. Remusat.“

Ferner die von den italienischen Delegirten in der allgemeinen Sitzung der internationalen Meter-Commission vom 11. October 1872 abgegebene Erklärung:

„Auf der in der Sitzung vom 24. September verlesenen und in dem Sitzungsprotokoll eingetragenen Liste der Delegirten der einzelnen in dieser Commission vertretenen Staaten, ist der hochwürdigste Vater Secchi als Vertreter des heiligen Stuhls aufgeführt. In Gemäßheit dieses Charakters hat die Commission dem Vater Secchi eine Stimme in den Abstimmungen nach Staaten bewilligt. In Erwägung, daß der heilige Stuhl nur noch eine geistliche Macht, nicht aber ein Staat nach dem Sinne des europäischen Völkerrechts ist, hat unsere Regierung mich und meinen Collegen angewiesen, an keinem Acte mehr Theil zu nehmen, bei welchem der Vater Secchi als Vertreter des heiligen Stuhls erscheinen sollte. Nach unseren Instruktionen können wir den Vater Secchi nur als einen berühmten Gelehrten betrachten, über dessen persönliche Mitwirkung und Rathberathung bei den der Commission unterbreiteten wissenschaftlichen Fragen wir uns nicht glänzend genug schätzen können. Demzufolge erklären wir, daß wir an keiner ferneren Verabredung theilnehmen können, so lange dieser Sachverhalt fort dauert. Die italienischen Delegirten. (gez.) F. Rini. G. Gori.“

Spanien.

Madrid, 29. November. [Republikanische Niederlagen.] — Vom Congresse. — Don Alfonso. Der letzte Epoc, schreibt man der „N. Fr. Pr.“, ist von der Regierung glücklich abgeschlossen worden, die republikanischen Insurgenten im Süden haben sich mit großen Nachtheilen zurückziehen müssen. Die Brigade Samus hat die gefährliche Sierra glücklich passirt und ist in der Carolina, der südlichen Grenze dieses Gebirgszuges, angelangt, so daß General Moriones, der frühere Chef der Nordarmee, der jetzt zum Ober-General einer zu bildenden Südarmee, ernannt wurde, vorläufig auf seinem Posten als Director der Cavallerie hier verbleibt. Die Verstärkungen, die aus Saragossa und dem Norden (mit Ausnahme Cataloniens) herbeigezogen und ihm beigegeben werden sollten, haben ebenfalls Contre-Ordre erhalten. — Die Gefangenenschaft Serrano's bestätigt sich nicht. Es heißt, er hätte eine größere Partie in das Gebirge unternommen erst bei der Rückkehr auf sein Schloß die neuesten Ereignisse erfahren und sich und seinen Degen sogleich auf telegraphischen Wege zur Verfügung des General-Captains in Sevilla gestellt. Der General soll morgen hier eintreffen. — Die Ministerellen behaupten, die republikanische Insurrection sei als niedergeworfen anzusehen. Das ist überaus sanguinisch, theils weil die Communicationen nur theilweise wiederhergestellt sind, theils auch weil bei Valencia und Barcelona sich neue Banden erhoben haben. Die Ernennung Gaminde's für Catalonien ist überhaupt den dortigen Republikanern gegenüber kein glücklicher Wurf. Demnachgeachtet pflichten wir der „Epoca“ bei, die in längerer Ausübung darthut, „daß, wenn wie es scheint, die drohende Calamität bald überwunden sein wird, das Land dies nur der Haltung des eben abgetretenen republikanischen Directoriums zu verdanken hat.“ — Im Congresse gab es wieder stürmischen häuslichen Zwist. Figueras brachte ein Tadelvotum gegen das Cabinet wegen Ernennung Gaminde's zum General-Captain von Catalonien ein. Der republikanische General Nouvilas that ein Gleiches dem Kriegsminister gegenüber wegen Vertheilung gewisser Offiziere, deren Vorleben außer dem politischen Terrain nicht makellos sein soll. Die Unterstützungsbrede des Ersteren war ein Hagel von vergifteten Pfeilen, die Enthüllungen des letzten Proposenten könnten dem Kriegsminister leicht schädlich werden. Beide Vorschläge wurden verworfen, der erste mit 152 gegen 47, der letztere mit 126 gegen 42 Stimmen; dagegen fiel der Finanzminister die gestrige Senatsitzung mit einer die General-Debatte über die Hypothekendarlehen und die mit ihr affiliirten Operationen reasumirenden Rede aus, die in politischer wie in staatswirtschaftlicher Beziehung, wegen ihrer Sachkenntnis, Logik und Darstellungsweise von Freund und Feind bewundert wird. Heute beginnt die Spezial-Debatte der einzelnen Artikel, der günstige Enderfolg wird von Niemandem angezweifelt. — Die alfonsoistischen Journale sind des Jubels voll, Theresianer Don Alfonso von Bourbon und Este hat mit dem gestrigen Tage sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet, ist also in drei Jahren mündig.

Provinzial-Beitung.

H. Breslau, 6. December. [Vorschau-Verein.] Nachdem der Verein in seiner letzten General-Versammlung die vom Vorstande und Ausschuss-

rathe beantragten Statutenänderungen vertragen mußte, da die statutenmäßig erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend war, fand gestern Abend im Saale des Café restaurant eine zweite, außerordentliche General-Versammlung statt, für welche die Anwesenheit von zwei Dritttheilen sämtlicher Mitglieder nicht notwendig war. Die Versammlung, die von etwa 150 Personen besucht war, wurde von dem Director des Vereins, Herrn Kaufmann Lachwitz, geleitet und nahm sämtliche Anträge des Vorstandes und Verwaltungsrathes mit einer einzigen Ausnahme, nachdem dieselben von den Herren Kopisch, Morgenstern, Wolf und Döring, als den Referenten für die verschiedenen Anträge motivirt worden waren, an. Einzelne der proponirten Statutenänderungen führten zu sehr eingehenden und lebhaften Diskussionen, während die Versammlung anderen ohne Debatte zustimmte. Die angenommenen Änderungen bezeugen sich auf die nach § 36 dem Vorstande und dem Verwaltungsrathe zu gewährende Gegenleistung. Diefelbe soll fernerhin für den Vorstand 3 pCt., für den Verwaltungsrath 2½ pCt. des Reingewinns betragen. Die weitere Vertheilung bleibt dem Vorstande, resp. Verwaltungsrathe vorbehalten. Die Feststellung des Reingewinns erfolgt nach dem bisherigen Modus. Der § 43 b wurde dahin abgeändert, daß künftig statt alljährlich vier, nur zwei ordentliche General-Versammlungen abgehalten werden sollen. Zu § 50 wurde zu den der gemeinschaftlichen Beschlußfassung des Vorstandes und Verwaltungsrathes unterliegenden Gegenständen die Anstellung und Entlassung von Beamten im Dienste d. s. Vereins, sowie die Regelung der Befoldung derselben hinzugefügt. Die Höhe der Geschäfts-Anteile, welche gegenwärtig nach § 59 auf 100 Thlr. normirt ist, wurde auf Vorschlag des Vorstandes und Verwaltungsrathes auf 150 Thlr. festgesetzt und Vorstand und Verwaltungsrath gleichzeitig ermächtigt, durch gemeinsamen Beschluß den Geschäfts-Anteil jedes Mitgliedes auf den Höchstbetrag von 200 Thlr. zu erhöhen. Nach § 77 wurde bei Berechnung der Dividende der Geschäftsanteil der einzelnen Mitglieder nur so weit berücksichtigt, als er volle Thaler beträgt und nicht erst während des Rechnungsjahres, um dessen Gewinnüberschüsse es sich handelt, entstanden ist, so daß also die während eines Jahres aufgesammelten Monatsbeiträge erst bei Berechnung der Dividende des nächstfolgenden Jahres in Betracht kommen. Nach dem in der gestrigen Generalversammlung gefaßten Beschlusse werden diese nicht Dividenden berechtigten Einzahlungen auf Geschäftsanteile so oft sie die Summe von 5 Thlr. erreicht haben, vom 1. des folgenden Monats mit 4 pCt. verzinst. — Der Antrag des Vorstandes und Verwaltungsrathes, die Mitglieder-Entlohnung nicht mehr bis zu 90 pCt., sondern nur noch bis 50 pCt. zu belassen, wurde verworfen, ebenso ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Vermittlungs-Antrag, der die Entlohnung-Belohnung auf 75 pCt. beschränken wollte, und der von dem Vorstande und Verwaltungsrathe acceptirt wurde. Für letzteren Antrag erklärten sich von 136 Anwesenden 87, so daß nur noch 3 Stimmen zu der erforderlichen Zweidrittel-Majorität fehlten.

*** Canth, 6. December.** [Unglück und Glück.] Mit dem Güterzuge der Freiburger Bahn Nachmittags 3 Uhr wurde auch Vieh nach dem Gebirge geschickt. Der Begleiter desselben stieg hier aus und wollte die Bahngelände überschreiten, bemerkte aber nicht, daß der Personenzug von Melsau eben in den Bahnhof eingefahren war. Die Locomotive erfaßt den Mann, wirft ihn nieder und der ganze Zug geht über ihn hinweg. Zum Erstaunen Aller, welche das Unglück gesehen hatten, erhob sich der Ueberlebende und eilte an die Pumpe, um sich vom Blute zu reinigen. Glücklich Weise war der Mann längst des Geleises gefallen und nur der Aschentasche der Locomotive hatte den Kopf verlehrt.

*** Königshütte, 6. Decbr.** [Beschlagnahme.] Die heutige Nr. 49 des hier erscheinenden „Katholik“ ist von der Polizei mit Beschlagnahme belegt worden.

(Notizen aus der Provinz.) * Liegnitz. Am 6. December fand in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung im Beisein fast sämtlicher Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, sowie unter großer Theilnahme Seitens der Bürgerschaft durch Herrn Regierungs-Präsidenten Herrn v. Jedlitz-Neutirch die Einführung des Herrn Bürgermeisters Dörl in sein Amt statt.

* Altwasser. Wie dem Börl. Anz. von hier geschrieben wird, brennt eine Steinkohlenhalde des „Paulschacht“ seit einigen Tagen; die Kohlen sind zu Tausenden von Tonnen aufgeschapelt, da die Production momentan bedeutend größer ist, als der Consum.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

	Decbr. 6. 7.	Nachm. 2. U.	Morg. 6. U.	
Luftdruck bei 0°	1330 ⁰ 63	329 ⁰ 90	329 ⁰ 13	
Luftwärme	+ 2 ⁰ 7	1 ⁰ 7	+ 2 ⁰ 5	
Wasserdruck	2 ⁰ 44	1 ⁰ 12	2 ⁰ 20	
Dunstfälligkeit	96 pCt.	91 pCt.	88 pCt.	
Wind	SE. 1	E. 1	E. 1	
Wetter	trübe.	heiter.	trübe.	

Breslau, 7. Dec. [Wasserstand.] D. A. 15 F. 7. U. P. — F. 7.3.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Luzern, 6. December. Der beabsichtigte Vortrag des Professor Rettenus aus Breslau hat vor einer großen Zuhörermenge in der hiesigen protestantischen Kirche stattgefunden.

Bern, 6. Decbr. In einer gestrigen Versammlung der liberalen Mitglieder der Bundesversammlung wurde der Beschluß gefaßt, anstatt der Bundesräthe Challet-Benel, Näff und Käfel die Herren Borel, Saxer und Vigier in den Bundesrath zu wählen. Für das Bundesgericht wurden an Stelle von Alek, Heberlin, Camperio als Bundesrichter Brope, Anderwerth und Friedrich, und ferner Munzinger und Lambert oder Vigier und Borel, wenn diese nicht in den Bundesrath gewählt werden sollten, in Aussicht genommen.

Bern, 6. Decbr. Der Ständerath hat nach dreitägiger Debatte heute das revidirte Bundesgesetz über den Bau und den Betrieb von Eisenbahnen mit 30 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Ertheilung von Concessionen zu Eisenbahnbauten gehört demzufolge nunmehr zur Competenz des Bundes.

Versailles, 6. Decbr. Die Dreifitzgercommission wählte Larcy zum Präsidenten, Audiffret Pasquier zum Vicepräsidenten. Die Wahl Larcys wird „Pavas“ zufolge als die Ausgleichung der Schwierigkeiten erleichternd betrachtet. Die Sitzung der Nationalversammlung verlief ohne bemerkenswerthen Zwischenfall.

Rom, 5. December. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer constatirten der Minister des öffentlichen Unterrichts, Scialoja, und der Minister des Innern, Ranza, in Folge einer Interpellation, daß die Regierung die Schließung von vier englisch-amerikanischen Schulen in Rom, die erst seit Kurzem für den Volkunterricht errichtet waren, angeordnet habe, weil der Vorstand dieser Schulen die gesetzliche Bewilligung, trotz der Erinnerung der Regierung nicht habe nachsuchen wollen. Der Vorstand habe überdies gegen die Sanitätsvorschriften bezüglich der Schullocalitäten verstoßen, die Regierung könne die Bewilligung zur Wiedereröffnung der Schulen erst dann ertheilen, wenn die gesetzlichen Vorschriften erfüllt worden seien. Die Kammer bezieht sodann das Ausgabebudget des Finanzministeriums.

Rom, 6. December. Die von der italienischen Regierung Oesterreich-Ungarn gegenüber angeordnete Quarantäne ist wieder aufgehoben worden.

Rom, 6. Decbr. In der heutigen Kammer-Sitzung erklärte auf eine Interpellation der Finanzminister Sella, daß er gemäß dem Garantiegesetz die Auszahlung der Rente an die päpstliche Curie anordnete und Antonelli hiervon benachrichtigte. Dieser erklärte dankend, er könne die Rente nicht annehmen.

Rom, 6. Decbr. Der König empfing den auf der Reise nach Zanzibar begriffenen Sir Bartel Frere, welcher im Auftrage der englischen Regierung für die Unterdrückung des Sklavenhandels und zugleich für die Eröffnung der Communication mit Livingstonien wirken soll, und beauftragte denselben mit der Ueberreichung einer mit seinem

Bildnisse versehenen goldenen Medaille an Kivingsstone als Zeichen seiner Hochachtung.

Neapel, 5. Decbr. Wie die hiesigen Blätter berichten, hat der geistige Sturm unter den Schiffen im hiesigen Hafen bedeutenden Schaden angerichtet.

London, 5. December. Die fällige Post aus Ostende ist nicht eingetroffen.

Petersburg, 6. December. Der Prinz Karl von Preußen ist heute Mittag hier eingetroffen und von dem Kaiser und sämmtlichen hier anwesenden Großfürsten am Bahnhof empfangen worden. Das kaiserliche Garderegiment hatte eine Ehrenwache dafelbst aufgestellt. Der Prinz ist in dem kaiserlichen Winterpalais abgefahren.

Bukarest, 6. December. Die Regierung hat heute der Deputiertenkammer den Gesetzentwurf über den Anschluß der rumänischen Eisenbahnen an die russischen und österreichisch-ungarischen Bahnen vorgelegt.

Washington, 6. Decbr. Das Repräsentantenhaus hat nach lebhafter Debatte den Antrag auf Vermehrung der Flotte um 6 Corvette angenommen.

Berlin, 6. Decbr. Auch die heutige Börse war matt und lustlos. Die Umstände, die sich einem günstigeren Aufschwunge des Geschäftes entgegenstellen, sind dieselben, wie wir sie in den Tagesberichten bereits während dieser ganzen Woche zu wiederholten Malen angeführt haben. Die Geldschwierigkeiten dauern an, der Privatdiscont liegt auf 4 1/2 %, und Geld ist sonst auf jede Weise stark begehrt. Bestimmend auf die Börse wirken vorzugsweise auch die von uns ebenfalls schon angedeuteten Warnungen der Maßnahmen der preuß. Bank. Im Laufe der Börse trafen Wiener Depeschen ein, die von dort das Einsetzen einer günstigeren Stimmung meldeten und auch hier eine entschiedene Besserung der Tendenz herbeiführten, wenn auch dieselbe vorzugsweise auf den Verkehr in den Speculationspapieren lokalisiert blieb. Im Ganzen waren die Umsätze sehr beschränkt und nur in österr. Credit-Actien zeigte sich ein regerer Verkehr. Die Course, die in der ersten Hälfte der Börsezeit eine abwärts gehende Bewegung eingeschlagen hatten, konnten sich später wieder auf das Niveau der Anfangsnotierungen erheben. In österreichischen Bahnen blieb das Geschäft still und matt, Galizier sowie Nordwestbahn wiederum niedriger. Auch Oester. Fonds konnten trotz des geringen Verkehrs darin ihre Course nicht behaupten. In gleicher Tendenz verlief das Geschäft in allen auswärtigen Fonds, nur franz. Rente machte infolge einer Ausnahme, als sie um ein Geringes höher notierte und auch ziemlich reger gehandelt wurde. Von russ. Fonds zeigte sich für neue Bräm.-Anleihe einige Kaufkraft. Preuß. Fonds behaupteten sich in sehr fester Haltung, Consols und 4proc. Anleihen zogen an. Pfand- und Rentenbriefe gaben zwar etwas nach, gingen aber ziemlich lebhaft um. Auch in Prior. war der Verkehr belebter, die Course behaupteten sich meist unverändert. Auf dem Eisenbahn-Ancienmarkt war Geschäftsflosigkeit das Hauptcharakteristikum. Schwere Bahnen hatten ziemlich fest eingekauft, folgten aber der allgemeinen Strömung und konnten erst zum Schluß wieder etwas gewinnen. Die Umsätze blieben aber auch dann noch trotz aufstrebender Kaufkraft beschränkt, da es zu den niedrigeren Coursen an Abgebern fehlte. Aus gleichem Grunde konnte auch das Geschäft auf Brämien keine Ausdehnung gewinnen, obgleich auch hier sich ein lebhafter Begehrt kundgab. Von leichten Bahnen waren Rumänien und Nabebahn weichen, Ostbair. und Lütticher behaupteten sich gut. Bantactien sehr still und vorzugsweise matt, auch meist von Courbrüchigen nicht berührt. Gute Aufnahme fand Dresd. Bank, die zu 110 1/2 — 111 1/2 in Werten befristet wurde. Sehr bedeutend war Berliner Bank herabgesetzt, während Berliner Wechselbank den gestrigen Rückgang etwas reparierte, Dresdener Handelsbank 105 Br., Halleische Credit 101 1/2 Br., Warlsruher Discont 101 bez., Wiener Arbitrage 125 1/2 bez. Industrie- und Bergwerks-Actien zeigten sich eine weniger günstige Stimmung. Königl. Brauerei beliebt auf Bekanntwerden, daß die Dividende 8 1/2 % betragen werde. Dortmunder Brauerei 78 Bd., Glöbus 106 bez. u. Bd., Möbel-Transport 102 1/2, Schönbard. Theile u. Seegers 101 1/2 bez. (Bank u. H.-S.).

Berlin, 6. Decbr. [Preussische Bank.] Heute Vormittag hat eine Sitzung des engeren Ausschusses der Preussischen Bank stattgefunden, in welcher seitens des Hauptbank-Directors über die augenblickliche geschäftliche Lage Bericht erstattet wurde. Aus der sich daran knüpfenden Debatte gingen zwar bestimmte Beschlüsse für jetzt nicht hervor, die Geschäftspunkte, welche dabei hervorgehoben wurden, sind aber so wichtig, daß dieselben die volle Beachtung um so mehr verdienen, weil nur hierdurch diejenigen Beschlüsse vermieden werden können, welche als bevorstehend schon in der heutigen Sitzung angekündigt wurden. Es wurde nämlich allseitig anerkannt, daß die Anlage der Bank ganz außergewöhnlich hoch und eine Verminderung derselben dringend zu wünschen sei. Ebenso einig war man darin, daß eine nochmalige Erhöhung des Bankdisconts zur Zeit nicht ratsam erscheine und auch einen durchgreifenden Einfluß nicht ausüben, sondern nur dem legitimen Handel wie der Industrie großen Schaden bereiten würde. Weil man aber allseitig anerkannte, daß die unverhältnismäßig große Beanspruchung der Mittel der Bank wesentlich mit in dem nur allzu lange schon andauernden Gründungsfieber und dem daraus resultierenden enormen Geldbedarf ihren Grund habe, so wurde demgemäß als notwendig erachtet, daß die Bank mit größerer Strenge als bisher dem Verfall der einzelnen Institute und Häuser bei ferneren Gründungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, daß sie mit größter Entschiedenheit die namentlich von solchen Häusern ausgehenden und auf bloße Geldmacherei abzielenden Wechsel, wie sie seit der Gründungsperiode in Unmengen in Circulation gesetzt werden, zurückweise, und daß sie, ehe sie zur Ausführung dieser strengen, voraussichtlich in die Verhältnisse vieler störend eingreifenden Maßnahmen schreite, nochmals in irgend einer Form eine Warnung gegen eine fernere Verfallung an dem jetzigen, vielfach unsoliden Gründungsfieber erlasse.

Wien, 6. December. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn vom 18. bis zum 24. November: 1,353,623 Fl. gegen 1,298,002 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenerhöhung 55,621 Fl. Bisherige Mehreinnahmen vom 1. Januar 1872 ab 1,957,354 Fl.

Berlin, 6. December. Weizen loco 72—92 Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, gelber 82 1/2 Tblr. ab Boden bez., pr. December 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez., December-Januar 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez., Januar-Februar 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez., März-April 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez., April-Mai 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez., Mai-Juni 82 1/2 — 83 1/2 Tblr. bez. — Roggen loco 55 — 60 1/2 Tblr. gefordert, alter 56 1/2 Tblr. ab Boden bez., pr. December 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez., December-Januar 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez., Januar-Februar 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez., Februar-März 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez., April-Mai 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez., Mai-Juni 56 1/2 — 57 1/2 Tblr. bez. — Hafer loco 23 1/2 Tblr. — Spiritus loco ohne Faß 18 Tblr. 18 Sgr. bez., pro December 18 Tblr. 21—17—21 Sgr. bez., December-Januar 18 Tblr. 14—12—14 Sgr. bez., Januar-Februar 18 Tblr. — Sgr. bez., Februar-März 18 Tblr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Tblr. 21—22—22 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Tblr. 22—24 Sgr. bez.

Breslau, 7. Decbr. 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig bei mäßigen Zufuhren, Preise schwach preisfallend.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 7—9 1/2 Tblr., gelber 7—8 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 — 6 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 — 5 1/2 Tblr., weiße 5 1/2 — 5 1/2 Tblr. Hafer matter, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 4 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen offerirt, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 — 5 1/2 Tblr. Weizen gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 — 4 1/2 Tblr. Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3 1/2 — 3 1/2 Tblr., blaue 3 bis 3 1/2 Tblr.

Bohnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlechte 6—6 1/2 Tblr. Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 — 5 1/2 Tblr. Deliaaten mehr verkauft. Schlagslein mehr bezahlt.

Per 100 Kilogramm netto in Tblr., Sgr., Pf.

Schl.-Leinwand	8	5	8	20	9	2	6
Winter-Mais	9	25	10	5	10	10	10
Winter-Mais	9	10	9	25	10	3	10
Sommer-Mais	9	7	9	20	10	3	10
Leinwand	7	8	8	20	8	20	10

Haystücken wenig verändert, schlechte 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr. Reinstücken mehr bezahlt, schlechte 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schwacher Umsatz, rothe 14—16 1/2 Tblr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21 Tblr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt. Thymothee blieb gut gefragt, 8 1/2 — 10 1/2 Tblr. pr. 50 Kilogr. Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Tblr., pr. 5 Liter 3 1/2 — 4 Sgr.

Berliner Börse vom 6. December 1872.

Wechsel-Course.				Eisenbahn-Stamm-Action.			
Amsterdam 250 Fl.	K. S. 1/2	140 1/2	bz.	Divid. pro	1870	1871	1872
do. do.	2 M. 1/2	138 1/2	bz.	Aachen-Mastricht	8 1/2	8 1/2	4 1/2 bz. G.
Hamburg 300 Mk.	K. S. 3	140 1/2	bz.	Berg-Märkische	8 1/2	8 1/2	135 1/2 bz. G.
do. do.	3 M. 1/2	140 1/2	bz.	Berlin-Anhalt	16	16	107 1/2 bz. G.
London 1 Lst.	2 M. 1/2	147 1/2	bz.	Berlin-Görlitz	10	10	107 1/2 bz.
Paris 100 Fr.	2 M. 1/2	147 1/2	bz.	Berlin-Hamburg	10	10	107 1/2 bz.
Wien 100 Fl.	2 M. 1/2	92 1/2	bz.	Berl.-Potsd.-Magd.	20	14	152 1/2 bz. G.
do. do.	2 M. 1/2	91 1/2	bz.	Berlin-Stettin	9 1/2	11 1/2	185 1/2 bz. G.
Augsburg 100 Fl.	2 M. 1/2	56 1/2	bz.	Böhm. Westbahn	7 1/2	8 1/2	110 bz. B.
Leipzig 100 Tblr.	2 M. 1/2	99 1/2	G.	Breslau-Freib.	7 1/2	9 1/2	131 1/2 bz.
do. do.	2 M. 1/2	99 1/2	G.	do. neue	—	—	117 1/2 bz.
Frankf.a.M. 100 Fl.	2 M. 1/2	89 1/2	bz.	Cöln-Minden	10 1/2	11 1/2	172 1/2 et 2b G.
Petersburg 100 R.	3 M. 1/2	89 1/2	bz.	do. do. neue	5	5	112 bz.
Warschau 90 R.	8 T. 1/2	82 1/2	bz.	Dux-Bodenbach	—	—	66 1/2 bz.
Bremen 100 R.	8 T. 1/2	—	—	Gal. C.-Ludw.-B.	8	8 1/2	106 1/2 bz. G.

Fonds und Geld-Course.				Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.			
Nordd. Bundes Anl.	1/2	100 1/2	bz.	Berlin-Görlitz	5	5	106 1/2
Freiw. Staats-Anleihe	1/2	100 1/2	bz.	Berlin Nordbahn	—	—	69 1/2 bz.
Staats-Anleihe v. 1859	1/2	100 1/2	bz.	Breslau-Warubau	5	5	67 1/2
do. 1854/55	1/2	100 1/2	bz.	Halle-Soraubach	5	5	81 1/2 bz. G.
do. 1856/57	1/2	100 1/2	bz.	Halle-Soraubach	5	5	81 1/2 bz. G.
do. 1857/58	1/2	100 1/2	bz.	Hannover-Altenb.	5	5	81 1/2 bz. G.
do. consolid.	1/2	100 1/2	bz.	Köln-Falkenb.	5	5	81 1/2 bz. G.
do. 1850/52	1/2	94 1/2	bz.	Magdeh.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	82 1/2 bz. G.
do. 1853	1/2	94 1/2	bz.	Magdeh.-Leipzig	12	16	127 1/2 bz. G.
do. 1854	1/2	94 1/2	bz.	do. Lit. B.	4	4	99 1/2 bz. G.
do. 1855	1/2	94 1/2	bz.	Mainz-Ludwigshaf.	9 1/2	11	181 bz. G.
do. 1856	1/2	94 1/2	bz.	Ndrschl.-Märk.	4	5	110 1/2 G.
do. 1857	1/2	94 1/2	bz.	Ndrschl.-Weich.	12 1/2	13 1/2	225 bz. G.
do. 1858	1/2	94 1/2	bz.	Oberschles. A. u. G.	12 1/2	13 1/2	203 1/2
Staats-Schuldscheine	3/4	89 1/2	bz.	Oestr.-St.-B.	12	12	208 1/2 bz. G.
Präm.-Anleihe v. 1855	3/4	124 1/2	bz.	Oestr.-Nordwestb.	5	5	132 1/2 bz. G.
Berliner Stadt-Oblig.	3/4	100 1/2	bz.	Oestr. südl. St. B.	3	3	122 1/2 bz. G.
Cöln-Mind. Pfandb.	3/4	94 1/2	bz.	Ostpreuss. Südb.	0	0	42 1/2 bz. G.
Berlin. Bod.-Cred.	3/4	102 1/2	bz.	Rechte O.-U.-Bahn	4	3	131 1/2 bz.
Central-Boden-Cr.	3/4	102 1/2	bz.	Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2	79 1/2 bz.
do. Unkündb.	3/4	100 1/2	bz.	Rheinische	8 1/2	10	172 1/2 bz. G.
Pommersche	3/4	82 1/2	G.	Rhein-Nahe-Bahn	0	0	43 1/2
Posenische	3/4	83 1/2	G.	Rumän. Eisenb.	—	—	43 1/2 bz.
Schlesische	3/4	83 1/2	G.	Schweiz. Westbahn	3 1/2	2	48 1/2 bz.
Kur-u. Neumark.	3/4	95 1/2	G.	Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	100 bz. G.
Pommersche	3/4	95 1/2	G.	Thüringer	9	10 1/2	153 1/2 bz. G.
Posenische	3/4	91 1/2	bz.	Warschau-Wien	12	12	89 1/2 bz.
Preussische	3/4	93 1/2	bz.				
Westfal. u. Rhein.	3/4	97 1/2	G.				
Sächsische	3/4	95 1/2	bz.				
Schlesische	3/4	93 1/2	bz.				

Karh. 40 Tblr.-Loose	69 1/2	bz. G.
Oldenburg Loose	37 1/2	G.
Louis d'or	—	Dollars 1 1/2 bz.
Souverän 6.23 bz. G.	—	Frdm Bkn. 99 1/2 bz.
Napoleon 5.11 1/2 bz.	—	Oest. Bkn. 92 bz.
Imperial 5.16 1/2 G.	—	Russ. Bkn. 52 1/2 bz.

Ausländische Fonds.				Bank- und Industrie-Papiere.			
Oest. Silberrente	4 1/2	64 1/2	bz.	Anglo-Deutsche Bk.	—	5	137 1/2 bz.
do. Papierrente	4 1/2	61 1/2	bz. G.	Berliner Bank	—	15	128 1/2 bz. G.
do. Lot-Anl. v. 60	5	95 1/2	bz.	Berl. Kassenschr.	12	16	164 1/2 bz. G.
do. 64er Präm.-Anl.	4	95 1/2	bz.	Berlin. Hand.-Ges.	9	12 1/2	161 bz. G.
do. Credit-Loose	—	119 1/2	et 2b G.	Berl. Lombard-Bk.	—	5	95 1/2 bz. G.
do. 64er Loose	—	92 1/2	bz.	Berl. Makler-Bk.	—	25 1/2	116 1/2
do. Silberpfandbr.	5 1/2	82 1/2	bz.	Berl. Prod.-Makl.-B.	—	5	102 1/2
Pfandbr. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5 1/2	82 1/2	bz.	Berl. Wechselbank	—	12 1/2	64 1/2 bz. G.
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2	82 1/2	bz.	Braunschw. Bank	8 1/2	8 1/2	126 1/2 bz. G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5 1/2	126 1/2	bz.	Bresl. Disc.-Bank	—	—	139 bz. G.
do. 1868	5 1/2	126 1/2	bz.	Friedenthal u. C.	8	13	129 et 2b B.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	91 1/2	bz.	do. neue	—	—	129 et 2b B.
Russ. Pfand. Schatz.-Obl.	4	75 1/2	G.	Bresl. Handels-Ges.	—	—	143 1/2 G.
Pola. Pfandbr. III. Em.	4	75 1/2	G.	Bresl. Maklerbank	—	—	171 1/2 G.
Pola. Liquid.-Pfandbr.	4	64 1/2	bz. G.	Bresl. Makl.-Ver.	—	—	122 B.
Amerik. 6 1/2 Anl. p. 1882	6	97 et 2b G.		BrProv. Wechsel-B.	—	—	146 1/2 bz. G.
do. p. 1886	6	98 1/2	bz.	Bresl. Wechselbank	—	12	146 1/2 bz. G.
do. 5 1/2 Anleihe	5	95 1/2	G.	Centr.-Bk. f. Genos.	—	12	146 1/2 bz. G.
Badische Präm.-Anl.	4	109 1/2	G.	Coburger Cred.-Bk.	5 1/2	10 1/2	112 bz.
Baierische 4 1/2 Anleihe	4	111 1/2	G.	Danziger Priv.-Bk.	6 1/2	7	116 1/2 bz.
Frankösische Rente	5	82 1/2	bz.	Darmst. Creditb.	10	15	220 1/2 bz. G.
Ital. Tabak-Oblig.	5	65 1/2	bz.	Darmst. Zettelbank	6 1/2	8	118 bz.
Nab.-Graser 100 Tblr.-L.	4	82 1/2	bz.	Deussauer	—	—	14 G.
Rumänische Anleihe	8	—	—	Deutsche Bank	0	8	114 bz. G.
Türkische Anleihe	5	51 1/2	bz.	Deutsche Unionbank	5	11 1/2	115 bz. G.
				Disc.-Com.-A.	13	14 1/2	340 bz.
				Genfer Bank	0	—	6 1/2 bz. G.
				Genossensch.-Bnk.	6 1/2	10 1/2	152 1/2 G.
				do. junge	—	—	143 1/2 bz. G.
				Gewb. Schusteru. C.	7	10 1/2	146 bz. G.
				Gotth. Grundcred.	8 1/2	9	117 bz. G.
				Hamb. Nordb.-Bk.	11 1/2	12 1/2	189 1/2 G.
				do. Vereins-Bk.	11 1/2	11 1/2	126 1/2 G.
				Hannoversche do.	5 1/2	6 1/2	112 1/2 bz.
				Königsberger do.	—	11	109 et 2b
				do. junge	—	—	104 1/2 B.
				Landw.-B. Kweilck	—	—	—
				Leipzig Credit-Bnk.	8 1/2	11	132 1/2 bz. B.
				Luxemburger do.	10	12	157 1/2 bz.
				Magdeburger do.	6 1/2	5 1/2	106 1/2 bz. G.
				Mannheimer do.	10	12	162 1/2 bz.
				Moldau Lds. Bk.	5 1/2	6	—
				Ndrschl. Cassenver.	10	12	130 bz. G.
				Nordd. Grundcr.-B.	4	8	122 1/2 bz.
				Nordd. Credit-Act.	—	—	110 1/2 bz. G.
				Oest. Credit-Act.	14 1/2	17 1/2	207 1/2 bz. G.
				Oest. Deutsche Bank	—	—	110 1/2 bz. G.
				Ost-Producten-Bk.	—	—	95 1/2 B.
				Posener Bank	7 1/2	6 1/2	114 B.
				Preuss. Bank-Act.	11 1/2	12 1/2	127 1/2 bz. G.
				Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8 1/2	14	265 bz. G.
				Pr. Central-Bod.-Cr.	7 1/2	9	132 1/2 bz.
				Prov. Wechsel-Bk.	—	—	—
				Sächs. B. 60 1/2 I. S.	9	16	181 bz. G.
				Sächs. Cred.-Bank	—	11	148 B.
				Schles. Bank-Ver.	8	12	173 B.
				Thüringer Bank	5	9	140 1/2 bz. G.
				Ver.-Bk. Quistorf.	8	15	194 1/2 bz. G.
				Wimmar. Bank	5 1/2	7	123 bz. G.
				Wiener Unionbank	—	—	170 1/2 bz. B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.							
Berg-Märk. Serie II.	1/4	98 G.		Hannoversche do.	5 1/2	59 1/2	4 112 1/2 bz.
do. III. v. St. 3 1/2	3 1/2	81 1/2 G.		Königsberger do.	—	11	4 109 cz B.
do. do. VI.	1/4	97 1/2 B.		do. junge	—	—	4 104 1/4 B.
do. do. Nordbah.	5	101 G.		Landv.-B. Kwielic	14	—	5 —
Breslau-Freib. Litt. D.	1/4	97 1/2 B.		do. junge	—	—	5 —
do. do. G.	1/4	97 1/2 B.		Leipz. Credit-Bnk.	8 1/2	11	4 132 1/2 bz. B.
do. do. H.	1/2	97 1/2 B.		Luxemburger do.	10 1/2	12	4 157 1/2 bz. B.
Coln-Minden . . . III.	4	88 1/2 bz.		Magdeburger do.	10 1/2	5 1/2	4 106 1/2 bz. B.
do. do. do.	1/4	98 G.		Meningener do.	10 1/2	12	4 162 1/2 bz.
do. do. do. IV.	4	89 1/2 G.		Moldauer Lds.-Bk.	5 1/2	6	4 —
do. do. do. V.	4	88 1/2 B.		Ndrsch. Cassenver.	10	12	5 130 bz. G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91 1/2 G.		Nordd. Grundr.-B.	4	8	4 122 1/2 bz.
do. do. III.	1/4	99 1/2 bz. G.		Oberlausitzer Bnk.	—	10 1/2	4 110 1/2 bz. G.
do. do. IV.	1/4	99 1/2 bz. G.		Oest. Credit-Actien	14 1/2	17 1/2	5 207 1/2 bz
do. do.	5	102 1/2 bz. G.		Ostdeutsche Bank	14 1/2	17 1/2	5 210 1/2 bz. B.
Märkisch-Posen	5	101 B.		Ostf. Producten-Bk	—	—	5 95 B.
Ndrschl.-Märkische	4	90 G.		Posener Bank . .	7 1/2	6 1/2	4 114 B.
do. do. III.	1/4	100 G.		Preuss. Bank-Act.	11 1/2	12 1/2	4 227 bz.
do. do. IV.	1/4	100 1/2 bz. G.		Pr. Bod.-Cr.-Act.	8 1/2	9 1/2	4 265 bz. G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	100 1/2 bz. G.		Pr. Central-Bod. Cr.	9 1/2	10 1/2	5 132 1/2 bz.
do. do. D.	5	100 1/2 bz. G.		Pro-Wechsler Bk	9	—	5 —
Oberschles. A.	4	—		Sächs. B. 60% I. S.	9	10	4 181 bz G.
do. B.	3 1/2	—		Sächs. Cred.-Bank	—	11	4 148 bz B.
do. C.	4	89 B.		Schles. Bank v. Br.	8	12	4 173 B.
do. E.	3 1/2	81 1/2 B.		Thüringer Bank	5	9	4 140 1/2 bz. G.
				Verb. Bk. Quistorp.	8	15	5 194 1/2 bz. G.
				Weimar Bank . .	5 1/2	7	4 123 bz. G.
				Wiener Unionbank	—	5	170 1/2 bz. B.